RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

11 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Studienangebot 2017
Schwerbehinderte Menschen 2017
Verfügbares Einkommen 2016

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Sarah Schmitt

Hochschulen haben aufgrund von differenzierten gesellschaftlichen, technologischen und fachlichen Anforderungen ihre Bildungsangebote deutlich erweitert. Zwischen 1977 und 2017 stieg die Zahl der grundständigen Studiengänge von rund 60 auf 290 Angebote.

B e i l a g e : Faltblatt „Umwelt und Energie"

11 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell 727

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Dienstleistungen ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Soziales ■ Bildung Gesundheitswesen ■ Umwelt ■ Verkehr

Verbraucherpreise 742

Rheinland-Pfalz in Karten: Baugenehmigungen neuer Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2017 nach Verwaltungsbezirken 743

Entwicklung des Studienangebots 1977 bis 2017 – Differenzierung der grundständigen Studiengänge in Rheinland-Pfalz 744

Schwerbehinderte Menschen 2017 749

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2016 756

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 765

Neuerscheinungen 781

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Steigende Industrieproduktion im August

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im August 2018 gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, lag nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte 1,9 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Die Produktionssteigerung ist ausschließlich auf eine günstige Entwicklung in der Konsumgüterindustrie zurückzuführen, deren Output im August 6,1 Prozent zunahm. In den zwei übrigen Hauptgruppen fiel der Güterausstoß geringer aus als im Vormonat: Die Ausbringung der Investitionsgüterhersteller sank um 3,1 Prozent, und der Output der Vorleistungsgüterindustrie schrumpfte um 1,4 Prozent.

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes drosselten im August ihre Produktion: Der Güterausstoß der Chemischen Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes die Branche mit dem höchsten Umsatz ist, verringerte sich deutlich um 4,9 Prozent. Die Ausbringung der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zur Investitionsgüterindustrie gehört und die zweitgrößte Branche ist, nahm 3,7 Prozent ab. Im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und gemessen am Umsatz in Rheinland-Pfalz die drittgrößte Industriebranche ist, lag der Output im August 2,2 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete die rheinland-pfälzische Industrie eine kräftige Produktionssteigerung (+20 Prozent). Der Grund dafür ist ein starker Zuwachs in der Konsumgüterindustrie, der allerdings auf eine branchenspezifische, dynamische Entwicklung zurückzuführen ist. In den drei umsatzstärksten Industriebranchen war die Ausbringung geringer als im August 2017.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Aug. 2018		Jan. bis Aug. 2018
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Juli 2018	Aug. 2017	Jan. bis Aug. 2017
Entwicklung der Produktion			
Industrie	1,9 %	19,9 %	17,8 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-1,4 %	-3,6 %	1,8 %
Investitionsgüterproduzenten	-3,1 %	-10,2 %	0,8 %
Konsumgüterproduzenten	6,1 %	100,7 %	75,8 %
Chemie	-4,9 %	-6,0 %	1,2 %
Fahrzeugbau	-3,7 %	-9,6 %	1,0 %
Maschinenbau	-2,2 %	-12,2 %	0,6 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-4,8 %	5,4 %	8,6 %
Inland	-2,8 %	-3,4 %	4,2 %
Ausland	-5,9 %	11,1 %	11,0 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-5,2 %	-5,2 %	2,1 %
Investitionsgüterproduzenten	-5,8 %	-3,3 %	3,8 %
Konsumgüterproduzenten	-4,5 %	64,9 %	41,4 %
Chemie	-3,9 %	-1,2 %	1,6 %
Fahrzeugbau	-5,5 %	3,3 %	8,6 %
Maschinenbau	-6,1 %	-10,2 %	-2,4 %

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Deutlicher Rückgang der Auftragseingänge der Industrie im Vergleich zum Vormonat

Im August 2018 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie deutlich zurückgegangen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex lag nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte 4,8 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen weniger Bestellungen ein als im Juli (–2,8 bzw. –5,9 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

In allen drei industriellen Hauptgruppen sank das Ordervolumen. Die Nachfrage nach Investitionsgütern schrumpfte im August um 5,8 Prozent. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern gingen 5,2 Prozent weniger Aufträge ein als im Vormonat. In der Konsumgüterindustrie nahmen die Bestellungen ebenfalls ab (–4,5 Prozent).

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes waren die Auftragseingänge rückläufig: In der Chemischen Industrie verringerte sich das Ordervolumen im August um 3,9 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mussten einen Rückgang der Bestellungen um 5,5 Prozent hinnehmen. Im Maschinenbau fiel die Nachfrage 6,1 Prozent niedriger aus als im Monat zuvor.

Trotz der Einbußen gegenüber dem Vormonat lagen die Auftragseingänge im August über dem Niveau des Vorjahresmonats (+5,4 Prozent). Zwar gingen die Bestellungen aus dem Inland um 3,4 Prozent zurück, die Nachfrage aus dem Ausland erhöhte sich jedoch deutlich um elf Prozent. Die Konsumgüterindustrie verzeichnete einen sehr starken Zuwachs, der auf eine branchenspezifische, dynamische Entwicklung zurückzuführen ist. Dadurch wurden die Nachfragerückgänge in den anderen beiden Hauptgruppen mehr als ausgeglichen. Von den drei umsatzstärksten Branchen konnte lediglich die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie einen Anstieg des Ordervolumens gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchen.

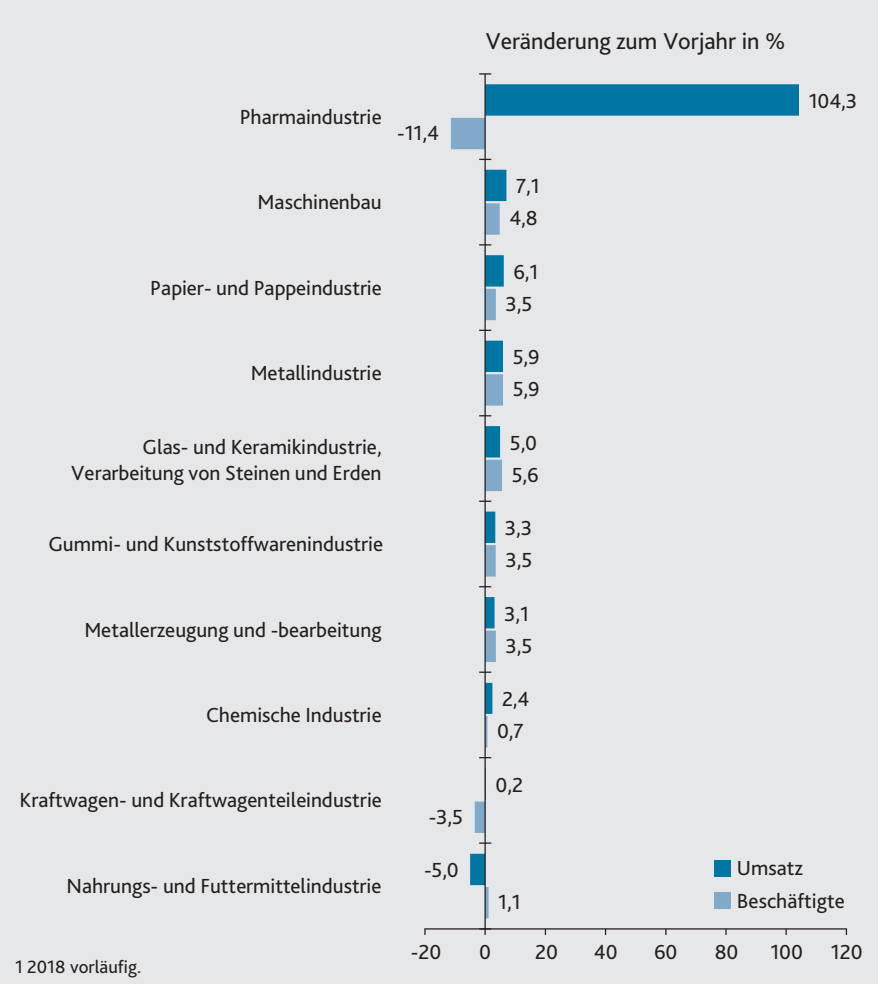
Industrie mit deutlichem Umsatz- und Beschäftigungsplus

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis August 2018 Erlöse in Höhe von 67,9 Milliarden Euro; das waren 8,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +3,8 Prozent).

Der Inlandsumsatz war um vier Prozent und der Auslandsumsatz um zwölf Prozent höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: +3,2 bzw. +4,4 Prozent). Auf das Auslandsgeschäft entfielen 58 Prozent der Erlöse (Deutschland: 50,3 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit um 1,8 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

In den Industriebetrieben waren von Januar bis August 2018 im Durchschnitt 260 000 Personen tätig. Die Beschäftigtenzahl stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,1 Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent). Es

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis August 2018[1] nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 2018 vorläufig.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Aug. 2018		Jan. bis Aug. 2018
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Juli 2018	Aug. 2017	Jan. bis Aug. 2017
Auftragseingang	3,5 %	9,0 %	7,6 %
Hochbau insgesamt	1,8 %	8,0 %	5,4 %
Wohnungsbau	-14,3 %	-8,8 %	-5,6 %
gewerblicher Hochbau	6,5 %	48,9 %	9,8 %
öffentlicher Hochbau	32,8 %	-43,3 %	10,1 %
Tiefbau insgesamt	5,1 %	9,9 %	9,8 %
gewerblicher Tiefbau	4,6 %	3,4 %	-15,2 %
Straßenbau	-7,0 %	-9,9 %	13,0 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	13,0 %	58,9 %	28,4 %
Baugewerblicher Umsatz	-0,8 %	8,0 %	6,9 %
Hochbau insgesamt	-2,8 %	-0,7 %	5,9 %
Wohnungsbau	-5,6 %	-1,4 %	6,4 %
gewerblicher Hochbau	3,2 %	-1,8 %	0,9 %
öffentlicher Hochbau	-10,2 %	3,7 %	18,5 %
Tiefbau insgesamt	1,1 %	16,9 %	7,9 %
gewerblicher Tiefbau	1,3 %	12,7 %	14,3 %
Straßenbau	0,8 %	18,2 %	8,2 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,3 %	18,3 %	2,1 %

1 Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

wurden rund 264 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was ein Plus von 1,2 Prozent bedeutet (Deutschland: +1,8 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse von Januar bis August 2018 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Pharmaindustrie (+104 Prozent) aufgrund hoher Nachfrage bei einzelnen Produkten. Dahinter folgten mit weitem Abstand der Maschinenbau und die Papier- und Pappeindustrie (+7,1 bzw. +6,1 Prozent). Nur die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Erlösrückgänge hinnehmen (–5 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen waren in den ersten acht Monaten 2018 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Die größten Steigerungen verzeichneten die Hersteller von Metallerzeugnissen (+5,9 Prozent). In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war die Beschäftigung rückläufig (–11 bzw. –3,5 Prozent).

Bauhauptgewerbe im August 2018: Aufträge höher, Umsätze niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im August 2018 mehr Aufträge und geringere Umsätze als im Juli. Die Auftragseingänge lagen – kalender- und saisonbereinigt – um 3,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich um 0,8 Prozent. Gegenüber den ersten acht Monaten 2017 nahm das Ordervolumen um 7,6 Prozent zu, der Umsatz stieg um 6,9 Prozent.

Im August 2018 erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau um 5,1 Prozent. Im Hochbau lag die Nachfrage um 1,8 Prozent über dem Vormonatsergebnis. Der öffentliche Hochbau sowie der sonstige öffentliche Tiefbau verzeichneten kräftige Zuwächse (+33 bzw. +13 Prozent). Für den gewerblichen Hoch- und Tiefbau errechnen sich ebenfalls höhere Auftragseingänge (+6,5 bzw. +4,6 Prozent). Dagegen mussten der Wohnungsbau sowie der Straßenbau deutliche Einbußen verkraften (–14 bzw. –7 Prozent). Gegenüber den ersten acht Monaten 2017 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau Auftragszuwächse registriert (+9,8 bzw. +5,4 Prozent).

Im August 2018 gingen die bereinigten Erlöse im Hochbau um 2,8 Prozent zurück. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein etwas höherer Umsatz als im Vormonat (+1,1 Prozent). Zu Umsatzrückgängen kam es im öffentlichen Hochbau sowie im Wohnungsbau (–10 bzw. –5,6 Prozent). Den höchsten Zuwachs verzeichnete der gewerbliche Hochbau (+3,2 Prozent). Gegenüber den ersten acht Monaten 2017 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau (+7,9 bzw. +5,9 Prozent).

Erwerbstätigkeit steigt im zweiten Quartal 2018 um ein Prozent

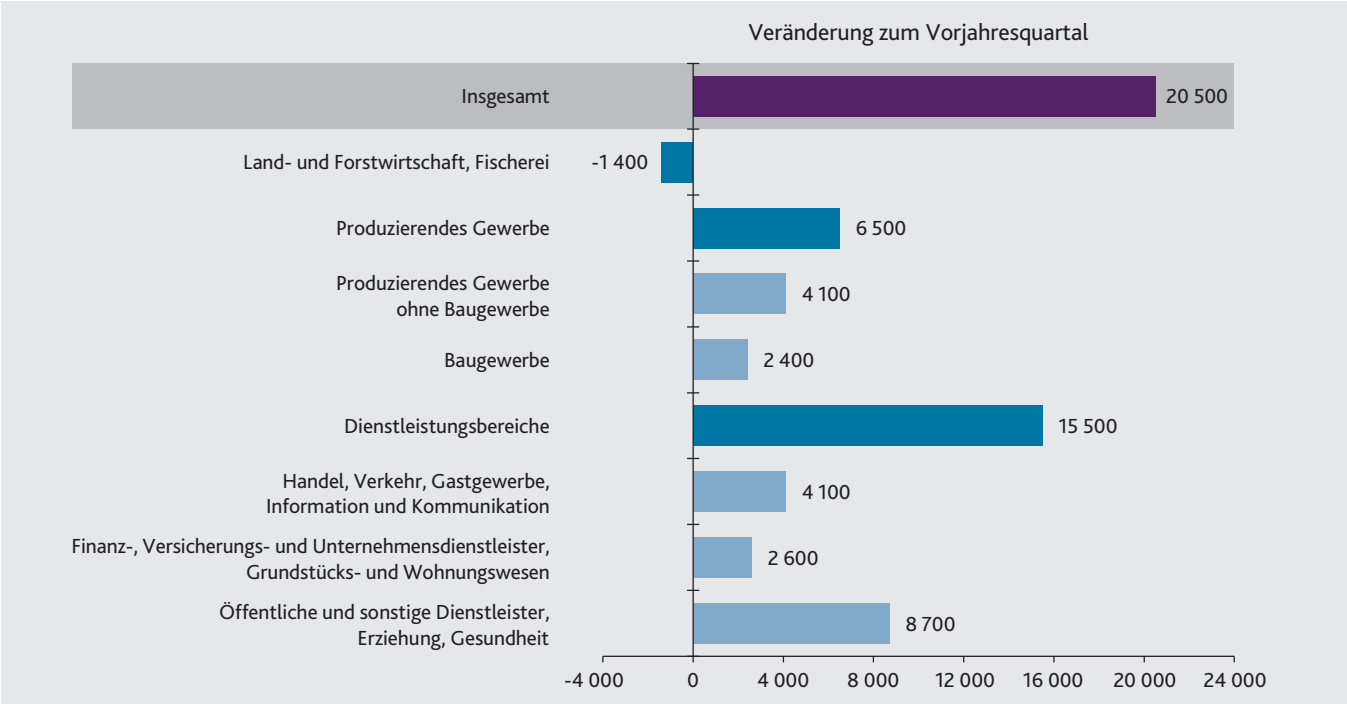
Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz nahm im zweiten Quartal 2018 erneut zu. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem zweiten Quartal 2017 um rund 20 500 bzw. ein Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Im zweiten Quartal hatten durchschnittlich 2,04 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz.

Die Entwicklung der Beschäftigung verläuft nun schon seit dem dritten Quartal 2010 positiv. Im dritten Quartal 2017 hatte der Zuwachs 1,1 Prozent, im vierten Quartal ein Prozent und im ersten Quartal dieses Jahres 1,3 Prozent betragen.

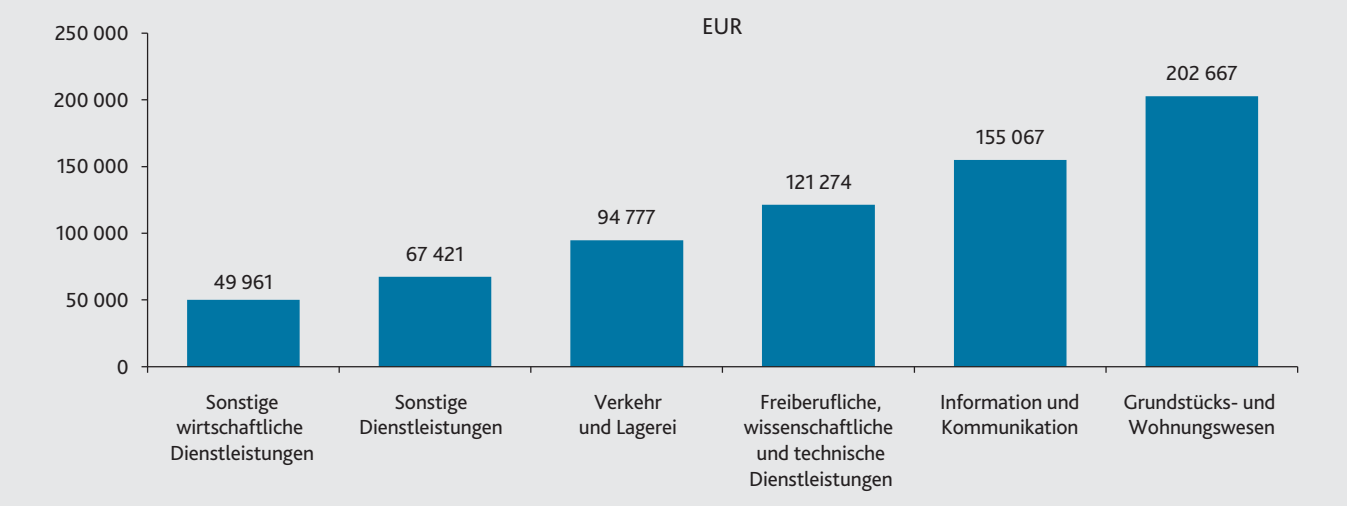
Der Zuwachs konzentriert sich weiterhin auf den Dienstleistungssektor. Im zweiten Quartal waren hier 15 500 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahreszeitraum. Das entspricht einem Anstieg um 1,1 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent). Insgesamt arbeiteten rund 1,48 Millionen Menschen im tertiären Sektor (gut 72 Prozent aller Erwerbstätigen). Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit", dem größten Teilbereich des Dienstleistungssektors. Hier stieg die Erwerbstätigenzahl um 8 700 bzw. 1,3 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen" meldete einen Beschäftigungszuwachs von 2 600 Personen bzw. einem Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Im Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation" war ein Beschäftigungszuwachs von 4 100 Personen bzw. 0,8 Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent) zu verzeichnen.

Im Produzierenden Gewerbe, in dem 519 800 Personen bzw. 25 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten, stieg die Erwerbstätigkeit um 6 500 Personen bzw. 1,3 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Im Baugewerbe erhöhte sich die Beschäftigung um 2 400 Personen bzw. 1,9 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent). Im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden

Erwerbstätige am Arbeitsort im 2. Quartal 2018 nach Wirtschaftsbereichen



Umsatz je tätige Person in ausgewählten Wirtschaftszweigen unternehmensnaher Dienstleistungen 2016



Gewerbe, stieg die Beschäftigung um 3 900 Personen bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft ging die Beschäftigung erneut zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1 400 Personen bzw. 3,2 Prozent (Deutschland: –0,9 Prozent).

Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister erzielen gut elf Milliarden Euro Umsatz

Die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sind in Rheinland-Pfalz der umsatzstärkste Wirtschaftszweig unter den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen. Der Bereich erwirtschaftete 2016 Umsätze in Höhe von 11,4 Milliarden Euro. Es folgte der Bereich „Verkehr und Lagerei" mit Erlösen in Höhe von 9,8 Milliarden Euro. Der drittgrößte Bereich „Information und Kommunikation" setzte 7,7 Milliarden Euro um.

Wird die Bedeutung eines Wirtschaftszweigs an der Zahl der dort tätigen Personen gemessen, ergibt sich ein anderes Bild: Unter den unternehmensnahen Dienstleistungen war der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" 2016 mit 121 600 tätigen Personen der größte Arbeitgeber, obwohl der Bereich gemessen am Umsatz mit 6,1 Milliarden Euro nur an vierter Stelle lag. Zu den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen zählen die Gebäudebetreuung und der Garten- und Landschaftsbau mit nahezu 50 000 Beschäftigten sowie andere personalintensive Bereiche wie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften sowie Wach- und Sicherheitsdienste.

Der Bereich „Verkehr und Lagerei" stand unter den unternehmensnahen Dienstleistern mit 103 100 tätigen Personen an zweiter Stelle. Dort verteilte sich das Personal relativ gleichmäßig auf die Bereiche Landverkehr, Lagerei sowie Post- und Kurierdienste. Die umsatzstarken freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleister erreichten hinsichtlich der Beschäftigung den dritten Rang. Sie boten 93 800 Personen einen Arbeitsplatz. Rund 60 Prozent dieser Beschäftigungsmöglichkeiten wurden in etwa in gleicher Größenordnung in den beiden Bereichen „Architektur- und Ingenieurbüros, technische, physikalische und chemische Untersuchung" sowie „Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung" angeboten.

Wird der Branchenumsatz auf die Beschäftigten bezogen, ist die Umsatzproduktivität im Grundstücks- und Wohnungswesen mit Abstand am höchsten (202 700 Euro je tätige Person). Es folgte der Dienstleistungsbereich „Information und Kommunikation" mit 155 100 Euro je

tätige Person. Die geringste Umsatzproduktivität weist der personalintensive Bereich der „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" auf (50 000 Euro).

Gäste- und Übernachtungszahlen nehmen weiter zu

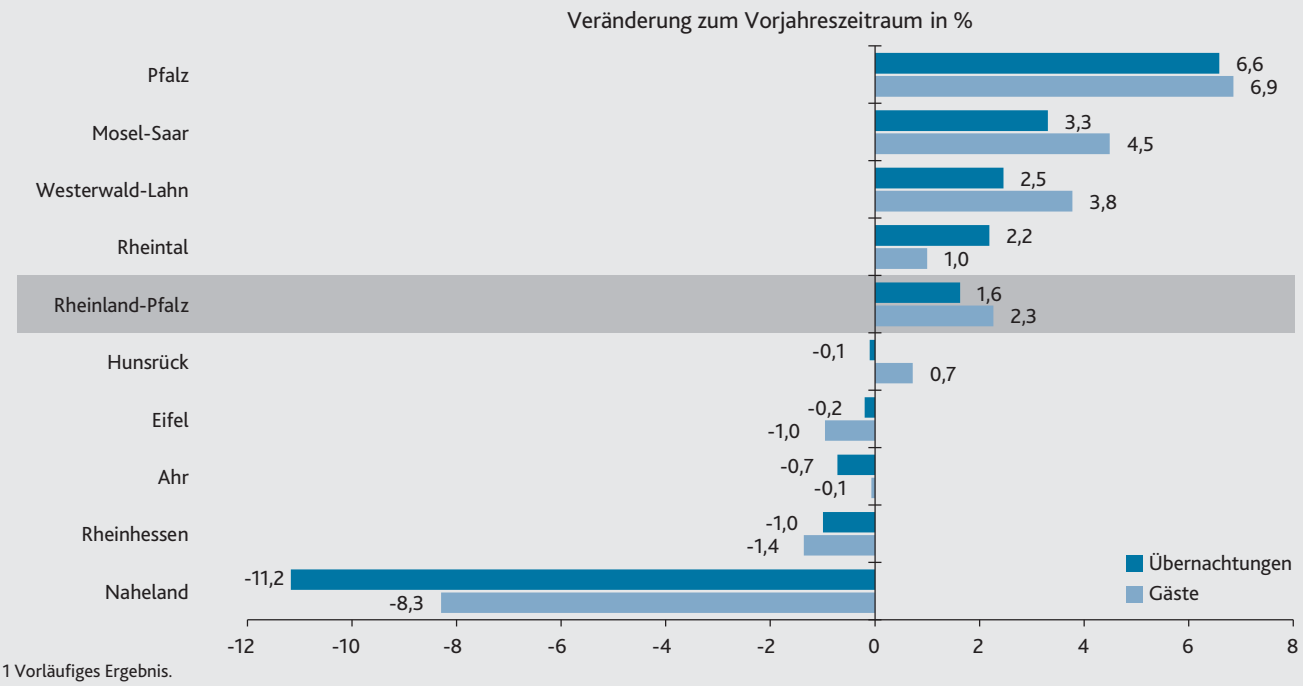
Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten von Januar bis August 2018 einen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es übernachteten 6,6 Millionen Gäste im Land, das waren 2,3 Prozent mehr als von Januar bis August 2017. Die Übernachtungen stiegen ebenfalls, und zwar um 1,6 Prozent auf 17,1 Millionen.

Die beiden Tourismusregionen mit dem höchsten Gäste- und Übernachtungsaufkommen verzeichneten die größten Zuwächse. In der Pfalz stieg die Zahl der Gäste um 6,9, die Zahl der Übernachtungen um 6,6 Prozent. An Mosel und Saar betrugen die Zuwächse bei den Gästen 4,5 und bei den Übernachtungen 3,3 Prozent. Die Gebiete Westerwald-Lahn und Rheintal verbuchten ebenfalls höhere Werte als im Vorjahr. Im Hunsrück nahmen die Gästezahlen zu; die Übernachtungen blieben hingegen fast unverändert. In den übrigen Regionen war das Tourismusaufkommen niedriger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Im Naheland gingen die Werte deutlich zurück.

Sieben der elf touristischen Betriebsarten konnten von Übernachtungszuwächsen profitieren, wobei die Hotels garnis mit einem Zuwachs von 8,5 Prozent vorne lagen. Eine negative Bilanz wiesen hingegen Ferienzentren, Gasthöfe, Vorsorge und Rehabilitationskliniken sowie Privatquartiere auf. Beim Gästeaufkommen verbuchten acht der elf Betriebsarten Zuwächse gegenüber Januar bis August 2017. Mit einem Plus von 7,6 Prozent lagen hier ebenfalls die Hotels garnis sowie die Ferienhäuser und Ferienwohnungen vorne.

Von Januar bis August besuchten 5,13 Millionen Gäste aus dem Inland Rheinland-Pfalz (+2,5 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 2,1 Prozent und belief sich auf 12,96 Millionen. Aus dem Ausland kamen 1,46 Millionen Besucherinnen und Besucher (+1,4 Prozent), die 4,14 Millionen Übernachtungen buchten (+0,3 Prozent).

Gäste und Übernachtungen von Januar bis August 2018[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

29 000 Handwerksunternehmen mit insgesamt 27 Milliarden Euro Umsatz

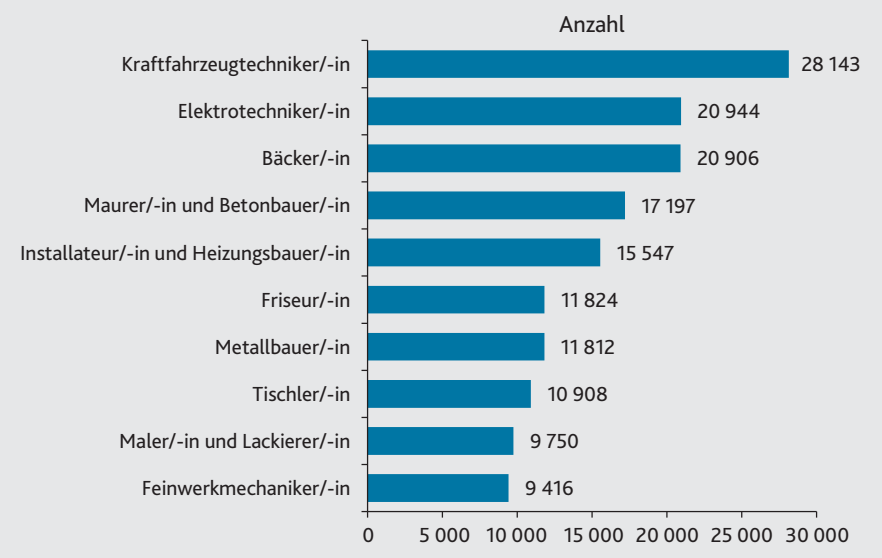
Im Jahr 2016 waren in Rheinland-Pfalz im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk nahezu 29 000 Unternehmen tätig; das sind 18 Prozent aller rheinland-pfälzischen Unternehmen. Wie auf Basis der registergestützten Handwerkszählung ermittelt wurde, erwirtschafteten diese Unternehmen 26,9 Milliarden Euro Umsatz.

Als Arbeitgeber hat das Handwerk einen hohen Stellenwert. Die Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz beschäftigten 2016 insgesamt 249 000 Personen; dazu zählten – neben den Inhaberinnen und Inhabern – 182 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land waren damit 15 Prozent im Handwerk tätig. Außerdem bot das Handwerk 37 000 geringfügig entlohnten Beschäftigten einen Arbeitsplatz.

Die Mehrzahl der Handwerksunternehmen – 2016 waren es rund 82 Prozent – gehört dem zulassungspflichtigen Handwerk an. Diese Unternehmen erzielten Umsätze in Höhe von 24,7 Milliarden Euro. Dies entspricht 92 Prozent der gesamten Erlöse des Handwerks. Der Anteil des zulassungspflichtigen Handwerks an den Arbeitsplätzen belief sich auf 84 Prozent.

Das Handwerk ist durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt. In 59 Prozent der Unternehmen waren weniger als fünf Personen tätig. Diese Unternehmen vereinten 14 Prozent des Handwerkspersonals und zehn Prozent der gesamten Umsätze des Handwerks auf sich. Zur Größenklasse mit fünf bis 49 tätigen Personen zählten 39 Prozent der Unternehmen. Auf sie entfielen 52 Prozent der tätigen Personen und 48 Prozent des Umsatzes. Nur zwei Prozent der Unternehmen gehörten der Größenklasse mit 50 und mehr tätigen Personen an. Diese Unternehmen beschäftigten jedoch etwas mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte und erwirtschafteten 43 Prozent der Handwerksumsätze.

Tätige Personen im zulassungspflichtigen Handwerk 2016 nach den zehn häufigsten Berufen



Mit 61 400 tätigen Personen stellte das Ausbaugewerbe die stärkste Gewerbegruppe im zulassungspflichtigen Handwerk dar. Dahinter folgten das Bauhauptgewerbe mit 36 700 und das Kraftfahrzeuggewerbe mit 31 000 tätigen Personen. Unter den Handwerksberufen standen die Kraftfahrzeugtechnikerinnen und -techniker mit 28 100 Personen auf Platz eins, gefolgt von den Elektrotechnikerinnen und -technikern sowie den Bäckerinnen und Bäckern (jeweils 20 900).

Bezogen auf die Einwohnerzahl weist der Kammerbezirk Koblenz die höchste Dichte an Handwerksunternehmen auf. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen dort 78 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Trier waren es 73, im Kammerbezirk Pfalz 68 und im Kammerbezirk Rheinhessen 61. Hinsichtlich der im Handwerk tätigen Personen stand der Kammerbezirk Trier mit 680 je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner an der Spitze. Es folgten der Bezirk Koblenz mit 674, der Bezirk Pfalz mit 580 und der Bezirk Rheinhessen mit 482 in Handwerksunternehmen tätigen Personen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Erneut mehr unter 3-Jährige in Kindertagesbetreuung

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb ihres Elternhauses betreut werden, ist 2018 auf 34 900 gestiegen. Dies waren gut 1 000 Jungen und Mädchen mehr als im Vorjahr. Aufgrund steigender Bevölkerungszahlen – unter anderem eine Folge gestiegener Geburtenzahlen durch erhöhte Zuwanderung – hat sich die sogenannte Betreuungsquote jedoch nur leicht erhöht; sie lag zum Stichtag 1. März bei 30,9 Prozent.

Insgesamt 32 200 Kinder unter drei Jahren – rund 950 mehr als im März 2017 – besuchten eine der 2 527 Kindertageseinrichtungen im Land. Weitere 2 700 wurden von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. In dieser Altersgruppe sind es vor allem die Zweijährigen, die eine Tagesstätte besuchen oder im Rahmen der Kindertagespflege betreut werden. Im März 2018 traf dies landesweit auf über 26 500 Kinder zu, dies sind 71,6 Prozent aller Zweijährigen. Von den Einjährigen wurden rund 7 800 bzw. 20,6 Prozent in einer Tageseinrichtung oder von Tagesmüttern und -vätern betreut. Bei den unter 1-Jährigen lag die Betreuungsquote hingegen nur bei 1,3 Prozent.

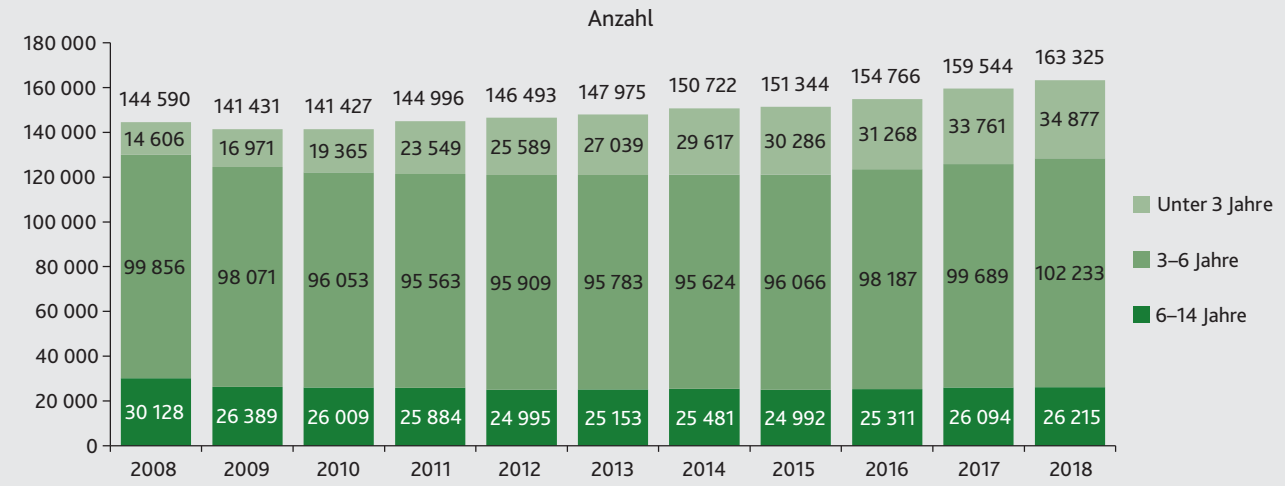
Bei den Betreuungsquoten der Kinder unter drei Jahren sind deutliche regionale Unterschiede zu erkennen. Demnach werden in den Landkreisen mehr Kinder (32,1 Prozent) dieser Altersgruppe außerhalb des Elternhauses betreut als in den kreisfreien Städten (27,8 Prozent). Die Spanne reicht bei den kreisfreien Städten von 19 Prozent in Frankenthal bis über 36 Prozent in Landau und Speyer. Die niedrigste Betreuungsquote bei den Landkreisen ist in Altenkirchen mit 26,7 Prozent zu beobachten; an der Spitze liegt Mainz-Bingen mit 40,4 Prozent.

Auch die Zahl der 3- bis unter 6-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut werden, ist im Jahr 2018 angestiegen. Sie lag im März 2018 bei gut 102 200, das waren rund 2 500 Jungen und Mädchen mehr als im Vorjahr. Aufgrund des Anstiegs der Bevölkerung in dieser Altersgruppe ging die Betreuungsquote hingegen leicht auf 96 Prozent zurück. Bei den 6- bis unter 14-Jährigen waren nur geringe Veränderungen festzustellen.

Jedes vierte eingeschulte Kind mit Migrationshintergrund

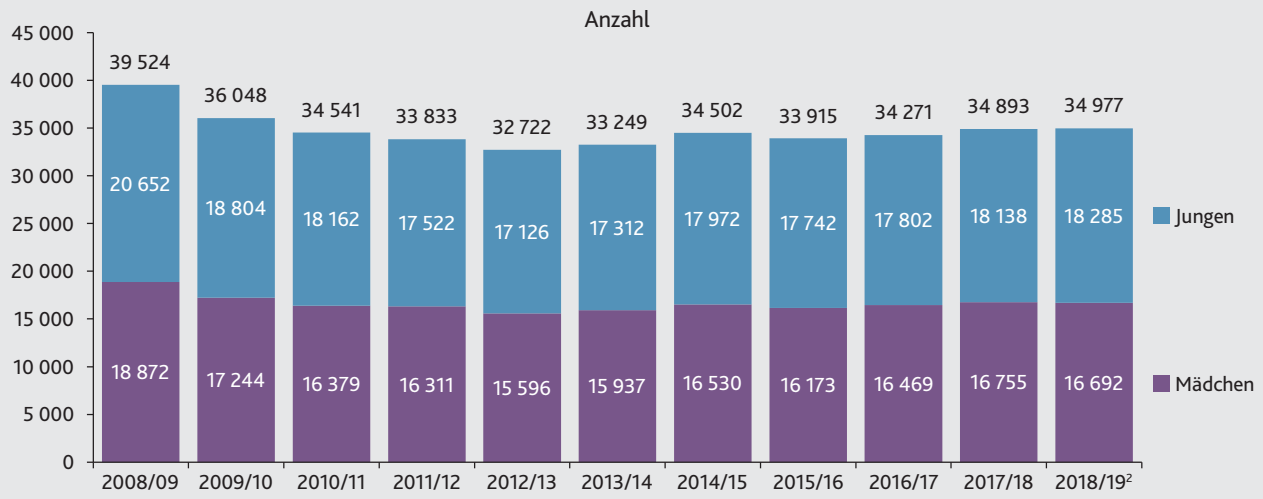
In Rheinland-Pfalz wurden zum aktuellen Schuljahr 2018/19 insgesamt 35 000 Kinder eingeschult, davon 16 700 Mädchen. Das waren – nach vorläufigen Berechnungen – knapp 80 Einschulungen mehr als im Jahr zuvor (+0,2 Prozent).

Kinder in Tagesbetreuung[1] 2008–2018 nach Alter



1 In Kindertageseinrichtung und öffentlich geförderter Tagespflege ohne Doppelzählungen.

Einschulungen[1] in den Schuljahren 2008/09–2018/19 nach Geschlecht



1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte. – 2 Vorläufige Zahlen.

Obwohl die Einschulungszahl im Vorjahresvergleich leicht stieg, sank sie gegenüber 2008/09 um zwölf Prozent. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen nahm die sechsjährige Bevölkerung zwischen Ende 2008 und Ende 2017 um rund 1 000 Kinder ab (–3 Prozent). Zum anderen wurde zum Schuljahr 2008/09 das Einschulungsalter reformiert, wodurch in diesem Schuljahr mehr Kinder eingeschult wurden.

Mehr als jedes vierte in Rheinland-Pfalz eingeschulte Kind hatte einen Migrationshintergrund (27 Prozent). Im Schuljahr 2008/09 lag deren Anteil unter den Eingeschulten bei nur 16 Prozent. Der Anstieg ist unter anderem durch die Einschulung von schulpflichtigen Schutz- und Asylsuchenden, den Rückgang der deutschen Kinder in der Bevölkerung und durch einzuschulende Kinder zu erklären, die als zweite Generation von migrationserfahrenen Eltern in Deutschland leben.

Schulpflichtige Kinder haben neben dem Besuch einer Grund- oder Förderschule auch die Möglichkeit, die Primarstufe an einer Freien Waldorfschule zu absolvieren. Von den eingeschulten Kindern begannen rund 96 Prozent ihre Schulzeit an einer Grundschule, drei Prozent an einer Förderschule und knapp ein Prozent an einer Freien Waldorfschule. Insbesondere Schulen in freier Trägerschaft wie die Freien Waldorfschulen erfahren zunehmende Beliebtheit. Gegenüber dem Schuljahr 2008/09 stieg die Zahl der Einschulungen an Schulen in privater oder kirchlicher Trägerschaft um 29 Prozent; an öffentlichen Schulen sank sie um 13 Prozent.

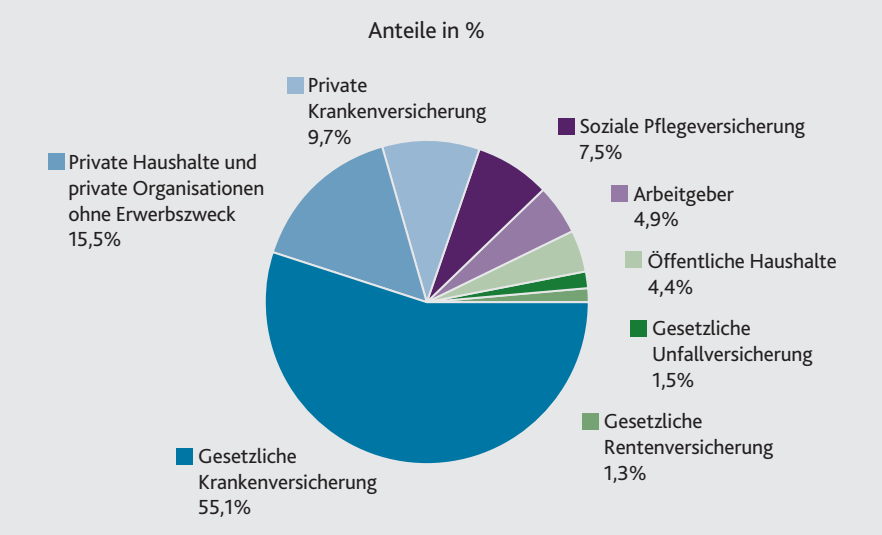
Die Entwicklung der Zahl der eingeschulten Kinder zeigt in Rheinland-Pfalz regionale Unterschiede. Während die Einschulungszahlen gegenüber 2013/14 im Landkreis Kaiserslautern (+16 Prozent) und im Rhein-Pfalz-Kreis (+13 Prozent) deutlich stiegen, meldeten unter anderem der Landkreis Cochem-Zell (–6,2 Prozent) und der Donnersbergkreis (–4,8 Prozent) einen Rückgang.

Höhere Gesundheitsausgaben 2016

Die Gesundheitsausgaben in Rheinland-Pfalz sind im Jahr 2016 erneut gestiegen. Hierzulande wurden knapp 18 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit ausgegeben. Das waren 0,7 Milliarden Euro bzw. 3,9 Prozent mehr als 2015 (Deutschland: +3,8 Prozent).

Mit dieser Entwicklung setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort: Zwischen 2008 und 2016 erhöhten sich die Gesundheitsausgaben im Land insgesamt um 34 Prozent (Deutschland: ebenfalls +34 Prozent). Dies entspricht einem durch-

Gesundheitsausgaben 2016 nach Ausgabenträgern



schnittlichen jährlichen Zuwachs um 3,7 Prozent (Deutschland: ebenfalls +3,7 Prozent). Die Gesundheitsausgaben stiegen in diesem Zeitraum somit stärker als das Bruttoinlandsprodukt, das in jeweiligen Preisen um durchschnittlich 2,8 Prozent pro Jahr zulegte (Deutschland: +2,6 Prozent).

Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen 2016 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 4 423 Euro. Die Ausgaben pro Person überstiegen den Bundesdurchschnitt, der sich auf 4 330 Euro belief.

Den größten Teil der Gesundheitsausgaben trugen die gesetzlichen Krankenversicherungen. Ihr Anteil lag 2016 bei 55 Prozent (Deutschland: 58 Prozent). Für jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner wendeten die gesetzlichen Krankenversicherungen in Rheinland-Pfalz im Schnitt 2 438 Euro auf (Deutschland: 2 516 Euro).

An zweiter Stelle folgen die Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den Gesundheitsausgaben, die von den privaten Haushalten unmittelbar gezahlt werden, zählen z. B. Zuzahlungen zu Leistungen der Krankenversicherungen sowie Direktkäufe von gesundheitsbezogenen Waren und Dienstleistungen. In Rheinland-Pfalz erreichten die Gesundheitsausgaben der Privathaushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 2016 einen Anteil von 15,5 Prozent (Deutschland: 13 Prozent). Sie lagen mit 685 Euro pro Kopf deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 575 Euro.

Die privaten Krankenversicherungen steuerten 9,7 Prozent zu den Gesundheitsausgaben bei. Damit hat dieser Ausgabenträger in Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Stellenwert; in Deutschland lag der Anteil bei 8,7 Prozent. Pro Kopf wendeten die privaten Krankenkassen im Schnitt 430 Euro auf (Deutschland: 377 Euro).

Die soziale Pflegeversicherung trug 7,5 Prozent der Gesundheitsausgaben (Deutschland: 8,3 Prozent). Pro Kopf beliefen sich die Ausgaben auf 333 Euro (Deutschland: 358 Euro).

Krankenhauskosten steigen 2017 weiter

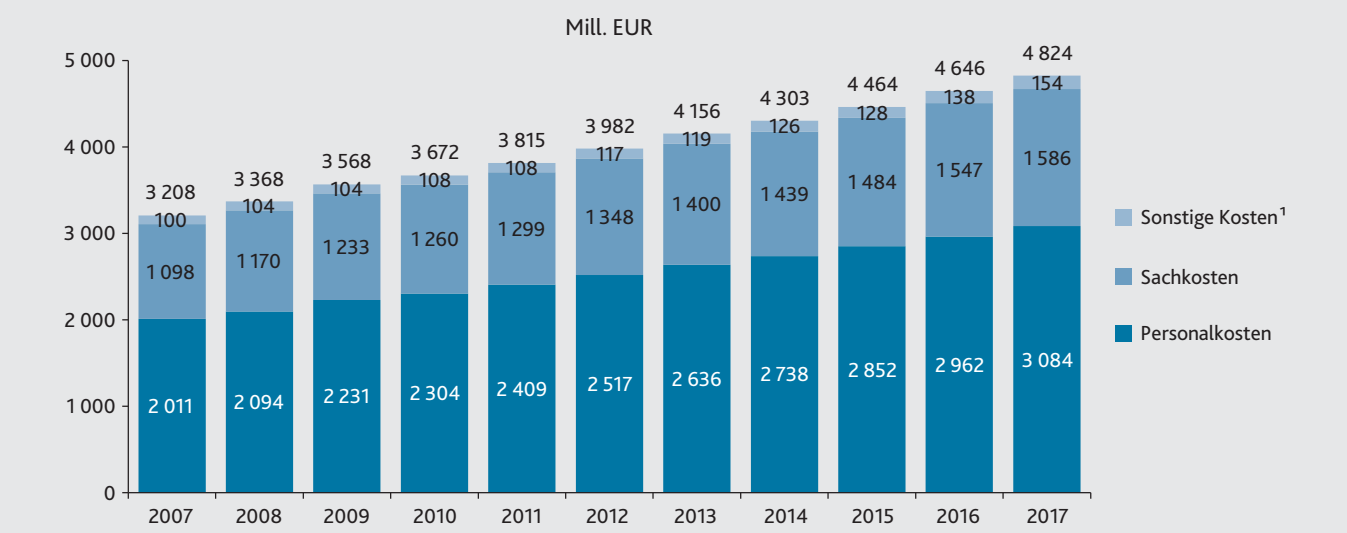
Die Gesamtkosten der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser beliefen sich im Jahr 2017 auf rund 4,8 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Zunahme um 178 Millionen Euro bzw. 3,8 Prozent gegenüber 2016.

Größter Ausgabenposten waren – mit einem Anteil von 64 Prozent an den Gesamtkosten – die Aufwendungen für Personal. Sie beliefen sich 2017 auf knapp 3,1 Milliarden Euro; dies entspricht einer Steigerung um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hier spiegelt sich unter anderem der deutliche Aufbau von Krankenhauspersonal in den vergangenen Jahren wider.

Ein weiteres Drittel der Ausgaben entfiel auf Sachkosten – darunter fallen unter anderem Ausgaben für Energie, Lebensmittel, medizinische Bedarfe sowie Instandhaltungskosten im stationären Bereich. Die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser wendeten hierfür knapp 1,6 Milliarden Euro auf; ein Plus von 2,5 Prozent gegenüber 2016.

In den Gesamtkosten waren Ausgaben für nichtstationäre Leistungen – wie Ambulanzen, wissenschaftliche Forschung und Lehre – in Höhe

Entwicklung der Kosten in Krankenhäusern 2007–2017



1 Zinsen u. ä. Aufwendungen, Steuern, Ausbildungsstätten und Ausbildungsfonds.

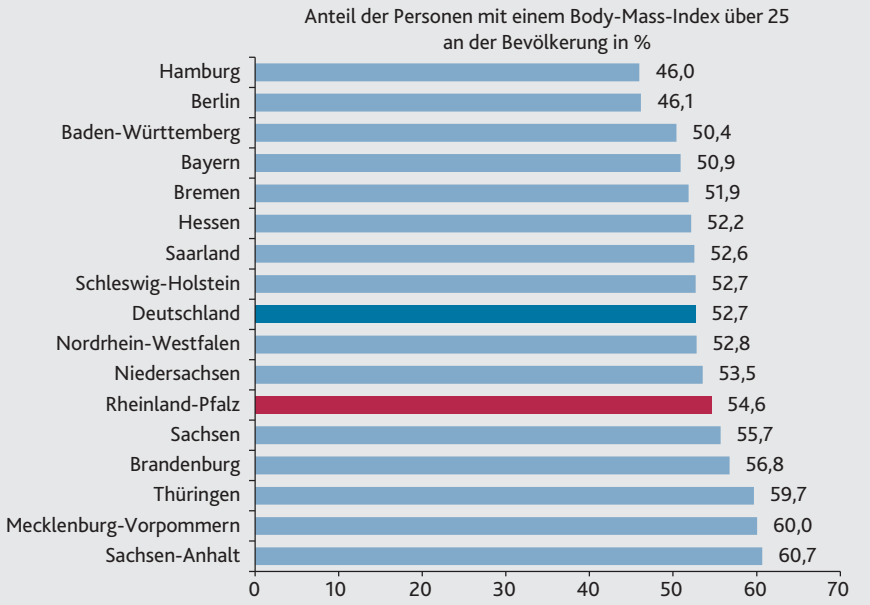
von rund 514 Millionen Euro enthalten. Die Kosten der rein stationären Krankenhausversorgung beliefen sich somit auf rund 4,3 Milliarden Euro. Bezogen auf diese sogenannten bereinigten Krankenhauskosten verteuerte sich ein vollstationärer Behandlungstag um 29 Euro auf 635 Euro; ein Anstieg um 4,8 Prozent. Die Kosten je Behandlungsfall beliefen sich auf 4 528 Euro und somit 227 Euro bzw. 5,3 Prozent mehr als 2016.

Mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre fällt die Kostensteigerung je Behandlungstag (+51 Prozent) jedoch deutlich stärker aus als der Anstieg je Behandlungsfall (+33 Prozent). Dies kann unter anderem durch die Tatsache erklärt werden, dass in rheinland-pfälzischen Krankenhäuser immer mehr Patienten stationär behandelt wurden, deren durchschnittliche Verweildauer gleichzeitig jedoch abnahm.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hat Übergewicht

Im Jahr 2017 waren knapp 55 Prozent aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ab 18 Jahren übergewichtig. Fünf Bundesländer weisen noch höhere Werte auf. Zwischen Männern und Frauen gibt es deutliche Unterschiede. So hatten in Rheinland-Pfalz 65 Prozent der erwachsenen

Übergewichtige[1] Menschen 2017 nach Bundesländern



1 Nur Personen mit Angaben zu Körpergewicht und Körpergröße.

Männer und 44 Prozent der erwachsenen Frauen Übergewicht.

Bundesweit lag der Anteil der übergewichtigen Männer bei 62 Prozent, der Anteil der übergewichtigen Frauen bei 43. Dies zeigen die Ergebnisse der freiwilligen Zusatzbefragung des Mikrozensus 2017, bei der ein Prozent der Bevölkerung zu gesundheitsbezogenen Themen um Auskunft gebeten wurde. Gut 67 Prozent der Befragten machten in diesem Zusammenhang Angaben zu ihrer Körpergröße und ihrem Körpergewicht.

Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet, wobei der Anteil der Übergewichtigen mit zunehmendem Alter noch steigt. Bei den Männern weist in beinahe jeder Altersgruppe mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen Body-Mass-Index von über 25 auf, der als definierter Wert für Übergewicht dient. Lediglich in der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen liegt der Anteilswert darunter (32 Prozent). Frauen sind dagegen in jeder Altersgruppe seltener übergewichtig als Männer. In den Altersgruppen zwischen 25 und 55 Jahren schwankte der Anteilswert zwischen 30 und 42 Prozent, in den Altersgruppen ab 55 Jahren zwischen 50 und 58 Prozent.

Untergewicht, das heißt ein Body-Mass-Index von weniger als 18,5, kommt in Rheinland-Pfalz weitaus seltener vor. Frauen waren dabei mit 3,1 Prozent relativ häufiger von Untergewicht betroffen als Männer (0,7 Prozent).

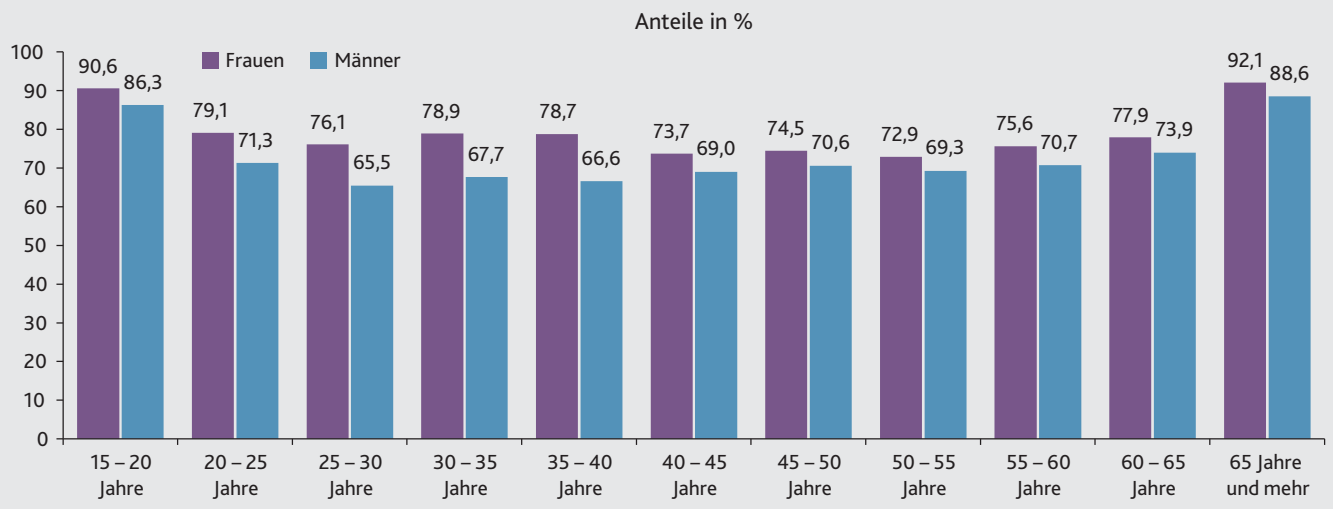
Drei Viertel der Bevölkerung rauchen nicht

Mehr als drei Viertel (78 Prozent) der rheinland-pfälzischen Bevölkerung über 15 Jahren zählte sich 2017 zu den Nichtrauchern. Damit entsprach der Anteil der Nichtraucherinnen und Nichtraucher dem Bundesdurchschnitt (ebenfalls 78 Prozent). Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2013 stieg der Nichtraucheranteil um knapp drei Prozentpunkte, gegenüber dem Jahr 2009 sogar um knapp vier Prozentpunkte. Lediglich in fünf Bundesländern lebten 2017 anteilig mehr Nichtraucherinnen und Nichtraucher.

Im Rahmen der freiwilligen Zusatzerhebung des Mikrozensus 2017 machten 78 Prozent der Befragten Angaben zu ihren Rauchgewohnheiten. Von den Personen mit Angaben zum Rauchverhalten sagten 56 Prozent aus, noch nie geraucht zu haben, gut 22 Prozent waren ehemalige Raucher. Das durchschnittliche Alter bei Rauchbeginn lag bei 17,7 Jahren.

Unter den Frauen lag der Nichtraucheranteil mit 81 Prozent höher als

Nichtraucher/-innen[1] 2017 nach Altersgruppen



1 Nur Personen mit Angaben zu Rauchgewohnheiten.

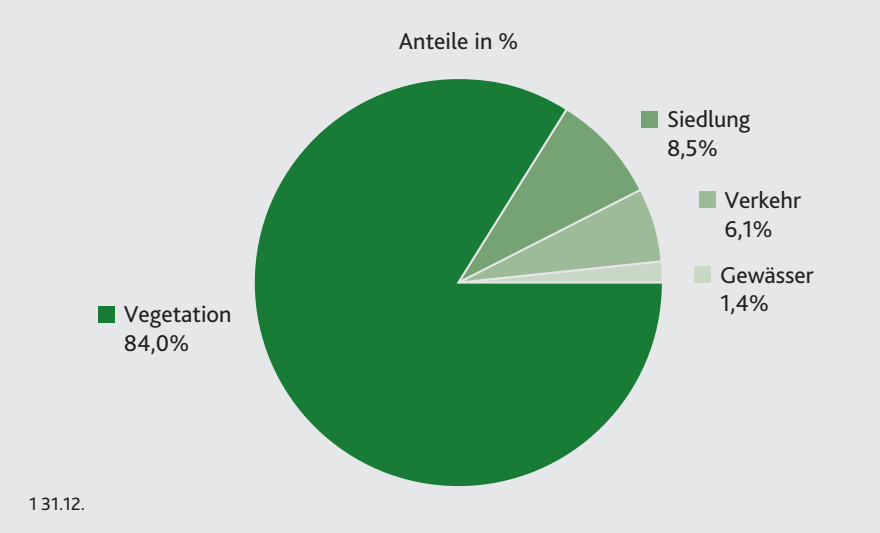
bei den Männern (75 Prozent). Den niedrigsten Nichtraucheranteil wiesen Männer in den jüngeren Altersjahrgängen auf: Von den 25- bis 30-Jährigen waren nur 65 Prozent Nichtraucher. Frauen hatten in der Altersgruppe von 50 bis 55 Jahren mit 73 Prozent den niedrigsten Nichtraucheranteil. Mit zunehmendem Alter geben immer mehr Menschen das Rauchen auf. Bei den über 65-Jährigen verzichteten 92 Prozent der Frauen und 89 Prozent der Männer auf Tabakkonsum.

Von allen Personen, die Angaben zu ihrem Rauchverhalten machten, bezeichneten sich knapp 18 Prozent als regelmäßige Raucherinnen bzw. Raucher (2013: 20 Prozent, 2009: 21 Prozent). Von ihnen gaben wiederum sieben Prozent an, durchschnittlich weniger als fünf Zigaretten am Tag zu konsumieren. Bei 78 Prozent der regelmäßigen Raucherinnen und Raucher belief sich der Konsum auf fünf bis 20 und bei 15 Prozent auf mehr als 20 Zigaretten täglich. Das Zigarettenrauchen war unter den Raucherinnen und Rauchern mit Abstand am weitesten verbreitet (96 Prozent). Nur eine Minderheit (vier Prozent) bevorzugte Zigarren, Zigarillos, Pfeifentabak oder Shisha (Wasserpfeife).

Pro Kopf 415 Quadratmeter Flächen für Siedlung

Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfällt rechnerisch eine Fläche für Siedlungen von 415 Quadratmeter. Der Umfang dieser vom Menschen stark beeinflussten Flächen betrug zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt rund 1 686 Quadratkilometer oder 8,5 Prozent der Landesfläche. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Fläche täglich um knapp einen Hektar zu.

Bodennutzung 2017[1] nach Nutzungsarten



1 31.12.

Den Flächen für Siedlung liegen mehrere Nutzungsarten zugrunde. Der größte Anteil entfällt mit 40 Prozent auf Wohnbauflächen, gefolgt von Flächen für Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen (22 Prozent). Rund 17 Prozent der Fläche dient industriellen und gewerblichen Zwecken.

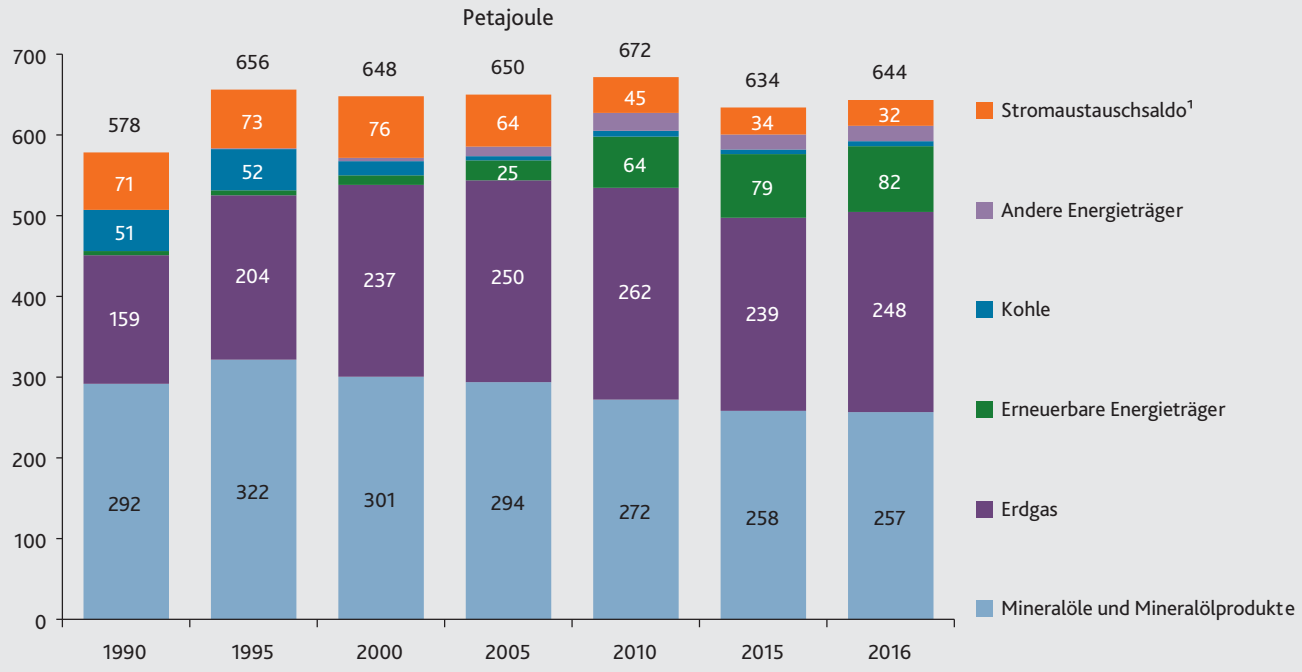
Neben den Flächen für Siedlung gehören die Flächen für Verkehr (1 209 Quadratkilometer) zu den von den Menschen beeinflussten Flächen. Sie umfassen überwiegend Straßen und Wege. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang festzustellen. Grund hierfür ist die seit mehreren Jahren von der Vermessungs- und Katasterverwaltung betriebene intensive Überprüfung der im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) erfassten Nutzungsarten. So werden z. B. nicht mehr genutzte Feldwege der umliegenden tatsächlich in der Örtlichkeit vorhandenen Nutzung zugeordnet und nicht mehr den Verkehrsflächen.

Die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz beträgt rund 19 858 Quadratkilometer. Den größten Anteil nimmt die Fläche für Vegetation (84 Prozent) ein. Diese setzt sich im Wesentlichen aus Flächen für die Landwirtschaft (49 Prozent), Wald (48 Prozent) und Gehölz (2,5 Prozent) zusammen.

Energieverbrauch und energiebedingte Kohlendioxidemissionen steigen

Rund 643 700 Terajoule Primärenergie wurden 2016 in Rheinland-Pfalz eingesetzt. Somit ist im Vergleich zum Jahr zuvor ein Anstieg von 1,5 Prozent zu verzeichnen. Gegenüber 1990 gab es einen Zuwachs von elf Prozent.

Primärenergieverbrauch 1990–2016 nach Energieträgern



1 Nettostromimporte.

In Rheinland-Pfalz kommen hauptsächlich fossile Energieträger wie Mineralöle (40 Prozent) und Erdgas (39 Prozent) zum Einsatz. Trotz des noch hohen Anteils der fossilen Energieträger gewinnen die erneuerbaren Energien an Bedeutung: Sie trugen 2016 rund 13 Prozent zur Deckung des Primärenergieverbrauchs bei. Dies bedeutet ein leichtes Plus von 0,3 Prozentpunkten im Vergleich zu 2015 und eine Zunahme von zwölf Prozentpunkten gegenüber 1990.

In Rheinland-Pfalz entstanden 2016 rund 26,6 Millionen Tonnen energiebedingte Kohlendioxidemissionen; gegenüber 2015 nahmen sie um 1,9 Prozent zu. Langfristig konnten die Kohlendioxidemissionen jedoch reduziert werden: Durch den Einsatz neuer Technologien und die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energieträger sanken die Emissionen seit 1990 um 3,2 Prozent.

Rund 19 Prozent der Primärenergie wurde 2016 nicht zum Zweck der Energieerzeugung verwendet. Es handelt sich hierbei um die nichtenergetische industrielle Verwertung fossiler Energieträger wie Mineralöle in der für Rheinland-Pfalz bedeutsamen Chemischen Industrie. Die energetische Nutzung bei den Endverbrauchern, d. h. der Endenergieverbrauch, belief sich 2016 auf 472 600 Terajoule (+2,6 Prozent gegenüber 2015). Den größten Verbrauchssektor bilden die Haushalte und Kleinverbraucher. Sie verursachten im Jahr 2016 rund 40 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs. Es folgen die beiden Verbrauchssektoren Industrie und Verkehr mit Verbrauchsanteilen von 32 bzw. 28 Prozent.

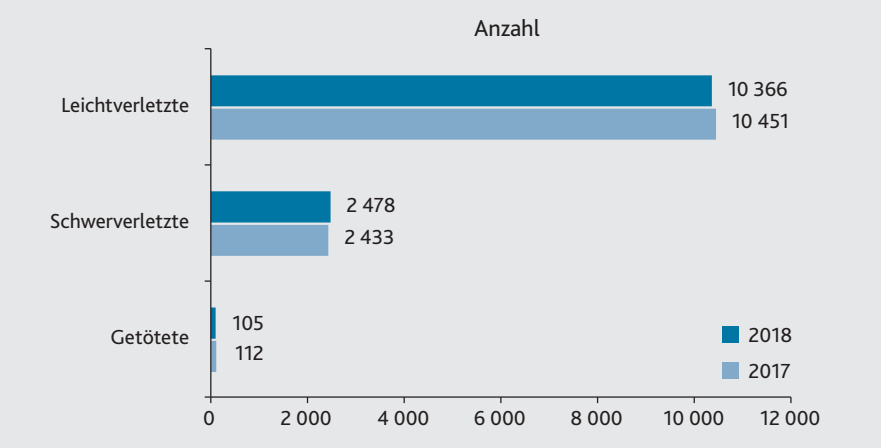
Zahl der Verkehrstoten weiterhin rückläufig

Von Januar bis August 2018 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen insgesamt 105 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Dies waren sieben Todesopfer weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Schwerverletzten stieg gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres um 1,8 Prozent auf 2 478, die der Leichtverletzten ging um 0,8 Prozent auf 10 366 zurück.

Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis August 94 875 Straßenverkehrsunfälle und damit 0,6 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 84 975 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Auch das waren 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2017 und 2018



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Oktober 2018

Die Teuerungsrate ist im Oktober weiter auf 2,6 Prozent gestiegen. Das ist die höchste Steigerung seit September 2008. Im September 2018 hatte die Inflationsrate +2,4 Prozent betragen.

Energie war erneut deutlich teurer als im Vorjahresmonat (+10 Prozent). Dies ist auf kräftige Preissteigerungen bei Mineralölprodukten zurückzuführen (+23 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel nahmen dagegen weniger stark zu. Sie lagen 1,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die höchste Steigerung gab es bei Gemüse (+9,6 Prozent). Günstiger wurden Speisefette und -öle (–4,2 Prozent), Obst (–2,2 Prozent) sowie Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren (–1,2 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, stieg auf 1,7 Prozent.

In elf der zwölf Hauptgruppen lagen die Preise über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die stärkste Steigerung gab es mit +5,6 Prozent in der Hauptgruppe „Verkehr". Dabei fiel insbesondere der deutliche Anstieg der Kraftstoffpreise ins Gewicht. In der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung" gingen die Preise um 0,8 Prozent zurück.

Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex im Oktober 2018 leicht um 0,1 Prozent gestiegen. In der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe" erhöhten sich die Preise um 1,4 Prozent. Fünf der zwölf Hauptgruppen verzeichneten dagegen Preisrückgänge. In den Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" sowie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" sanken die Preise mit –0,6 Prozent am stärksten.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

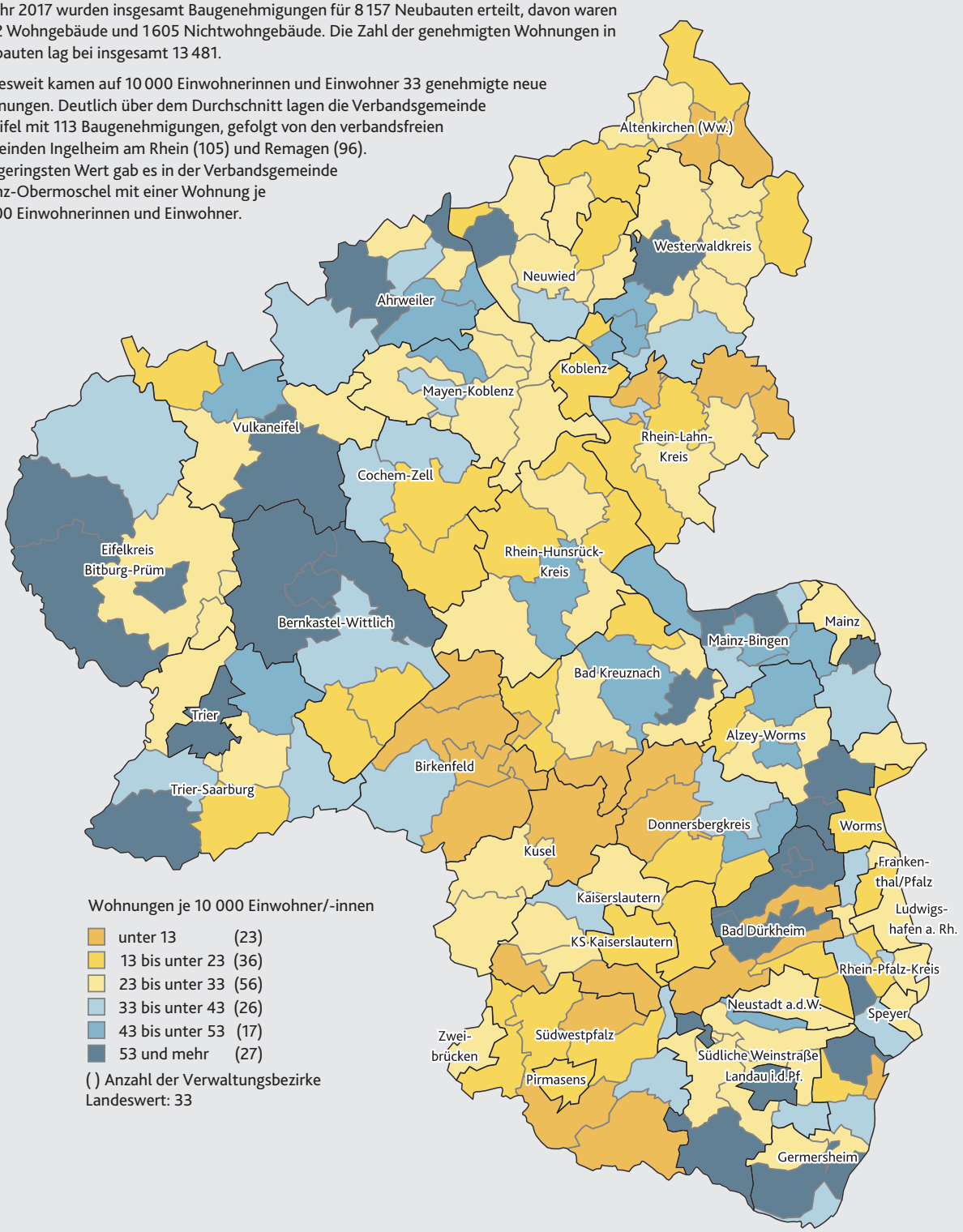
Verbraucherpreisindex im Oktober 2018

Baugenehmigungen neuer Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2017 nach Verwaltungsbezirken

Baugenehmigungen für rund 13 500 Wohnungen erteilt

Im Jahr 2017 wurden insgesamt Baugenehmigungen für 8 157 Neubauten erteilt, davon waren 6 552 Wohngebäude und 1 605 Nichtwohngebäude. Die Zahl der genehmigten Wohnungen in Neubauten lag bei insgesamt 13 481.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 33 genehmigte neue Wohnungen. Deutlich über dem Durchschnitt lagen die Verbandsgemeinde Südeifel mit 113 Baugenehmigungen, gefolgt von den verbandsfreien Gemeinden Ingelheim am Rhein (105) und Remagen (96). Den geringsten Wert gab es in der Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel mit einer Wohnung je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.



Entwicklung des Studienangebots 1977 bis 2017

Differenzierung der grundständigen Studiengänge in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Marco Schröder

Hochschulen haben aufgrund von differenzierten gesellschaftlichen, technologischen und fachlichen Anforderungen ihre Bildungsangebote an eine in Bezug auf Interessen, Vorbildung und Geschlecht zunehmend heterogener werdende Studierendenschaft erweitert. Einhergehend stehen Studierende und Studieninteressierte vor einer immer komplexeren biografischen Herausforderung, eine Studien- und Fächerwahl unter hoch differenzierten Studienangeboten sowie unter geschlechter- und herkunftsspezifischen Einflüssen zu treffen. Die Daten und Kennzahlen der amtlichen Hochschulstatistik zeigen die Ausdifferenzierung der rheinland-pfälzischen Studienangebote in den letzten 40 Jahren.

Differenzierung der grundständigen Studienangebote

Mehr als 25 unterschiedliche Bachelorstudiengänge der Informatik

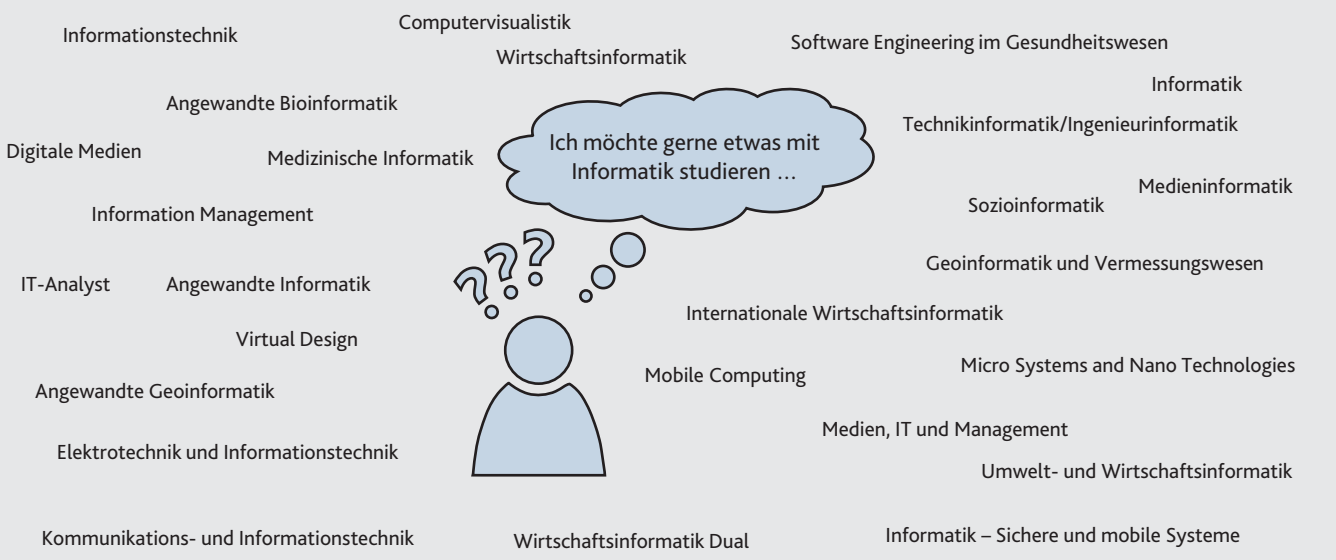
Wo früher – zu Zeiten der Diplom- und Magisterabschlüsse – zwischen Informatik und Elektrotechnik, zwischen Politikwissenschaft und Soziologie oder zwischen Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre entschieden werden musste, stehen heute unzählige grundständige Studienangebote zur Auswahl. Wenn heute eine studieninteressierte Person, beispielsweise in Rheinland-Pfalz Informatik studieren möchte, kann sie zwischen mehr als 25 unterschiedlichen Studiengängen wie „Mobile Computing“, „Sozioinformatik“, „IT-Analyst“, „Angewandte Bioinformatik“ und „Umwelt- und Wirtschaftsinformatik“ wählen. Deutschlandweit lag die Zahl der unterschiedlichen Informatikstudiengänge mit mehr als 140 Angeboten sogar noch höher.[1] Zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei nicht um Spezialisierungen im Rahmen eines Masterstudiengangs handelt, sondern um das Angebot grundständiger Studiengänge (z. B. Bachelor).

Grenzen einer rationalen Studienwahl

Unter dieser Voraussetzung der Multioptionalität ist zu fragen, wie Individuen in der Entscheidungssituation der Studienwahl noch handlungsfähig bleiben können. Aufgrund der Vielfalt der Möglichkeiten, der Unschärfe der Bezeichnungen und der geringen Trennschärfe zeichnen sich Ent-

1 Schröder, M.: Studienwahl unter den Folgen einer radikalen Differenzierung. Bad Heilbrunn 2015, S. 99.

G 1 Grundständige Studienangebote[1] der Informatik in Rheinland-Pfalz 2017



1 Nur grundständige Studiengänge (keine Master- oder Promotionsstudiengänge).

scheidungssituationen „durchwegs durch Unsicherheit, Uneindeutigkeit und Ungewissheit" aus.[2] Dadurch gewinnt der Zufall gegenüber der Rationalität einen erheblichen Anteil an der biografisch so bedeutsamen Entscheidung wie der Studienwahl.

Grundständiges Studium

Als grundständige Studiengänge werden alle Studiengänge bezeichnet, die ohne vorheriges Studium bzw. ohne ersten Studienabschluss begonnen werden können. Dazu gehören beispielsweise Studiengänge, die zum Bachelor, Magister, Staatsexamen oder Diplom führen, nicht jedoch Master- oder Promotionsstudiengänge.

2 Böhle, F., Weihrich, M.: Ungewissheit, Uneindeutigkeit, Unsicherheit – Braucht die Theorie reflexiver Modernisierung eine neue Handlungstheorie. In: Dies. (Hrsg.): Handeln unter Unsicherheit. Wiesbaden 2009, S. 11.

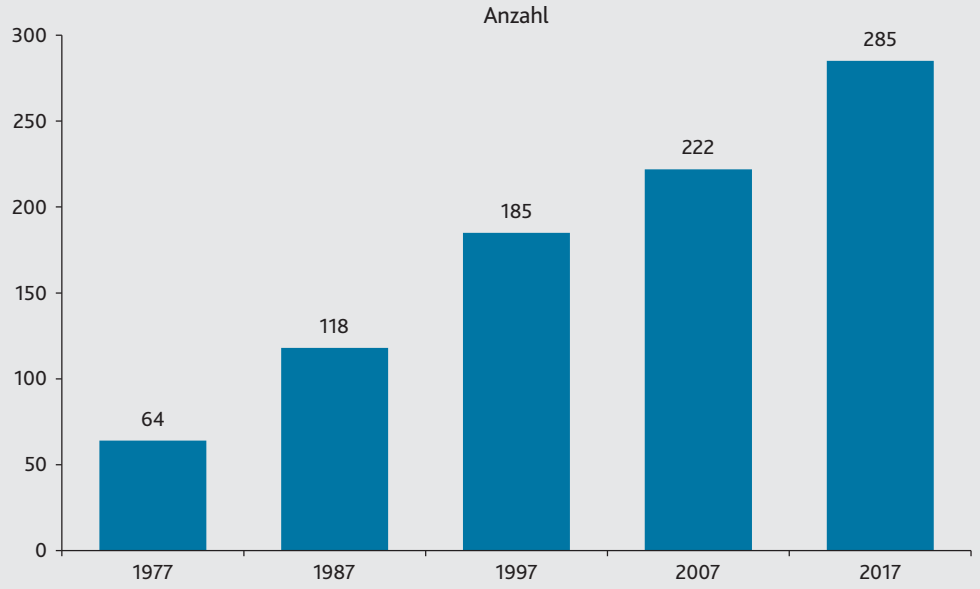
Zahl der Studienangebote hat sich gegenüber 1977 beinahe vervierfacht

290 grundständige Studienangebote in Rheinland-Pfalz

Zwischen 1977 und 2017 stieg die Zahl der grundständigen Studiengänge von rund 60 auf 290 Angebote. Das war eine Zunahme von knapp 350 Prozent. Die Gründe für eine solch deutliche Differenzierung sind vielfältig. Sie erklärt sich durch Tendenzen der Spezialisierung, Hybridisierung, Akademisierung, Internationalisierung, Berufsintegration und Höherqualifizierung:

- **Spezialisierung:** Aufgrund zunehmend spezialisierter Anforderungen in der Produktion, Entwicklung und Forschung entstanden auch auf Seiten der Hochschulen entsprechend spezialisierte Ausbildungen.
- **Hybridisierung:** Immer seltener ließen sich Lösungen in einem fachlich isolierten Raum finden. Erst durch interdisziplinäre Ansätze wurden Weiterentwicklungen ermöglicht. Entsprechende Entwicklungen zeigten sich bei den Studienangebo-

G 2 Grundständige Studiengänge[1] mit Studierenden im ersten Fachsemester in den Studienjahren 1977–2017



1 Zählung des ersten Studienfachs des ersten Studiengangs; nur grundständige Studiengänge (keine Master- oder Promotionsstudiengänge).

ten: Es entstanden hybride Studiengänge, also Studiengänge, die sich aus mehreren Fachdisziplinen zusammensetzen.

- **Akademisierung:** Für einen höheren beruflichen Status, einer damit einhergehend besseren Vergütung und höheren gesellschaftlichen Anerkennung wurden ausgewählte Berufe zunehmend professionalisiert. Voraussetzung war die Akademisierung der Ausbildung.
- **Internationalisierung:** In einer globalisierten Welt bedurfte es Studienangebote mit einer zunehmend internationalen Ausrichtung.
- **Berufsintegration:** Mit den Möglichkeiten, digitale Lernangebote in das Studium zu integrieren, wurden in die berufliche Praxis integrierte Studienangebote geschaffen.
- **Höherqualifizierung:** Mit der Tendenz, dass immer mehr junge Menschen studieren möchten, ging der Ausbau der Hochschulinstitutionen einher, insbesondere der Ausbau der Fachhochschulen. Damit stieg das Angebot der Studiengänge.

Auffällig ist, dass die Ausdifferenzierung des Angebots über den zeitlichen Verlauf relativ stetig verlief. Daher lohnt es sich, die einzelnen Dekaden im Detail zu analysieren.

Angebotsentwicklung von 1977 bis 1987

Ausdifferenzierung des Lehramts- und Magisterstudiums

Von 1977 bis 1987 verdoppelte sich die Zahl der Studienangebote beinahe. Während 1977 nur rund 60 Studiengänge zur Auswahl standen, waren es 1987 knapp 120. Die Entwicklung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass es 1977 in der amtlichen Statistik noch keine Differenzierung der Lehramts- und Magisterstudiengänge nach Fächern gab. Beide Studiengänge wurden als eigenständiges Fach (Lehramt, Magisterstudium) geführt. Mit der Berücksichtigung der unterschiedlichen Hauptfächer die in den Studiengängen belegt werden konn-

ten, erhöhte sich die Zahl der statistisch erfassten Studienangebote 1987 dementsprechend. Das äußert sich insbesondere in der Zunahme der geisteswissenschaftlichen Fächer (z. B. Geschichte, Philologien), die häufig als Lehramt oder im Rahmen des Magisters studiert wurden.

Angebotsentwicklung von 1987 bis 1997

Digitalisierung, Internationalisierung und Eigenständigkeit der Fachhochschulen

Zwischen 1987 und 1997 stieg das Studienangebot um knapp 70 grundständige Studienangebote. Mit der zunehmenden Bedeutung der Informationstechnik begann auch die Differenzierung informationstechnischer Studienangebote. Beispielsweise wurden neben dem Informatikstudium auch Geoinformatik, Telekommunikation oder Digitale Medien als eigenständige Studiengänge angeboten. Daneben ist erstmals ein Trend der Internationalisierung des Studienangebots wahrnehmbar. Dadurch wurden Studiengänge wie zum Beispiel „Internationale Betriebswirtschaft", „Internationales Bauingenieurwesen" oder „Internationaler Agrarhandel" eingeführt. Einen weiteren Einfluss auf die Ausdifferenzierung der Studienangebote hatte die Auflösung der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz.[3] Im Jahr 1996 entstanden aus der Landesfachhochschule sieben eigenständige Fachhochschulen in Bingen, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Trier und Worms. Die Unabhängigkeit der Hochschulen förderte in den kommenden Jahren die eigenständige Entwicklung unterschiedlicher Studiengänge, die zu einer weiteren Pluralisierung der Studienangebote führte.

Angebotsentwicklung 1997 bis 2007

Im Jahr 2007 standen studieninteressierten Schulabsolventinnen und -absolventen bereits knapp 230 Studiengänge zur Auswahl. Das waren rund 40 mehr als 1997. Mit der Umsetzung der Bologna-Reform hatten viele Fachbereiche die Möglichkeit, neue Bachelorstudiengänge einzuführen. Dabei war es häufig auch Ziel, sich von anderen Angeboten abzugrenzen. Als Folge entstanden etliche neue Bachelorstudiengänge, die nur noch wenig mit den Titeln der vorangehenden Diplomstudiengänge zu tun hatten. Dadurch und durch ein stärker interdisziplinäres Paradigma entstanden einerseits viele hybride Studiengänge wie „Angewandte Bio-, Pharma- und Medizinwissenschaft", „Anglistik und Medienmanagement" oder „Vertriebsingenieur" und andererseits hochspezialisierte Angebote wie „Mediendramaturgie" oder „Zeitbasierte Medien". Mit der Differenzierung, Hybridisierung und Neuentwicklung von Studiengängen ging in diesem Zeitraum auch die Einstellung bestehender Diplom- und Magisterstudiengänge einher.

Bologna-Reform, Interdisziplinarität und Spezialisierung

Angebotsentwicklung 2007 bis 2017

Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Internationalisierung und Akademisierung

Zwischen 2007 und 2017 stieg die Zahl der grundständigen Studienangebote erneut um mehr als 60 Studiengänge. Auch nach 2007 wurde die Reformierung auf Grundlage des Bologna-Abkommens weiterhin umgesetzt. Dabei entwickelten sich insbesondere im Kontext des Themas Nachhaltigkeit eine Reihe an Studiengängen wie „Klimaschutz und Klimaanpassung", „Energieeffiziente Systeme" oder „Naturschutzbiologie". Weiterhin war auch eine zunehmende Spezialisierung der Studienangebote im Bereich der Digitalisierungstechnik zu beobachten. So entstanden unter anderem Studiengänge wie „IT-Analyst", „Sozioinformatik" oder „Mobile Computing". Auch die Internationalisierung der Studienangebote verstärkte sich: Mit Bachelorangeboten wie „Internationales Management East

3 Hochschule Koblenz: Zur Geschichte. Koblenz 2018.

Europe", „International Business Administration and Foreign Trade" oder „Internationale Wirtschaftsinformatik" wurden hochspezialisierte Studiengänge geschaffen. Neu war auch, dass viele Gesundheitsberufe erstmals in Deutschland akademisiert wurden. Beispielsweise wurden mit „Pflege", „Physiotherapie – Technik und Therapie" sowie „Ergotherapie" duale Studiengänge eingeführt, die vormals nur als berufliche Ausbildung an den Schulen des Gesundheitswesens und an berufsbildenden Schulen angeboten wurden.

Ausblick

Uneindeutige Studienbezeichnungen, hochspezialisierte Studiengänge

Mit der Differenzierung der Studiengänge wird die Studienwahl für Abiturientinnen und Abiturienten sowie Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife eine zunehmend komplexe Herausforderung. Einher geht, dass die Bezeichnungen der Studiengänge an Eindeutigkeit und Trennschärfe verlieren. Es ist zu bezweifeln, dass jede studieninteressierte Person erahnen kann, was der Inhalt des Studiums „Applied Life Science" ist. Weiterhin ist es auch fraglich, ob es Ziel der Bologna-Reform war, hochspezialisierte Angebote wie beispielsweise „Micro Systems and Nano Technologies" oder Studiengänge in Vorbereitung auf Führungspositionen wie „Management, Führung, Innovation" als Bachelor- statt als Masterstudiengänge anzubieten. Durch die zunehmende Spezialisierung, Hybridisierung, Akademisierung, Berufsintegration und Internationalisierung differenzierte sich das Studienangebot in den letzten 40 Jahren deutlicher und schneller aus als jemals zuvor in der Geschichte der Hochschulen.[4]

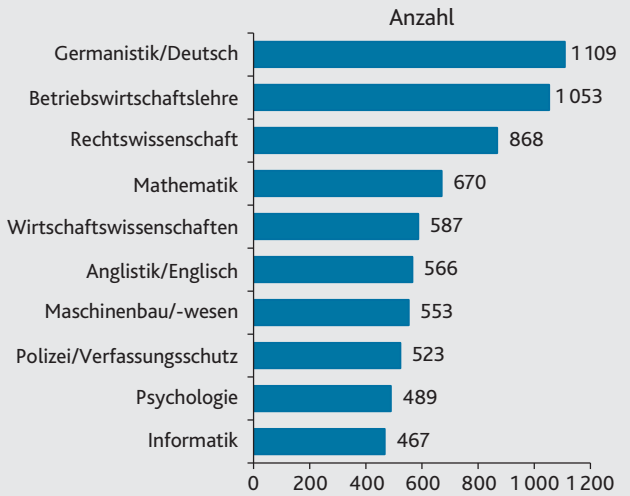
Gleichwohl muss gewählt werden. Die Frage ist aber wie, wenn eine rationale Wahl aufgrund von Uneindeutigkeiten und einer kaum zu verarbeitenden Vielfalt nicht mehr möglich ist. Statt rationaler Entscheidungsmechanismen und rationaler Begründbarkeit treten in Reaktion auf die Multioptionalität vermehrt alternative Heuristiken und Entscheidungsstrategien auf. Dazu gehört das Trial-and-Error-Prinzip: Studiengänge werden ausprobiert und gegebenenfalls mehrfach gewechselt.

Grenzen einer rationalen Studienwahl

Eine andere Strategie ist, Unbekanntes zu vermeiden und Altbekanntes auszuwählen. Auffällig ist, dass zwar viele neue Studienangebote entstanden sind, die klassischen Fachrichtungen aber nach wie vor am häufigsten ausgewählt werden. So haben sich 2017 die meisten Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Germanistik, Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft, Mathematik und Wirtschaftswissenschaften eingeschrieben.

Klassische Studiengänge am beliebtesten

G 3 Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester 2017 nach den zehn am häufigsten belegten grundständigen Studienfächern[1]



1 Nur grundständige Studiengänge (keine Master- oder Promotionsstudiengänge).

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat „Bildung".

4 Schröder, M.: Studienwahl unter den Folgen einer radikalen Differenzierung. Bad Heilbrunn 2015, S. 13 ff.

Schwerbehinderte Menschen 2017

Von Markus Elz

In Rheinland-Pfalz lebten Ende 2017 rund 316 800 schwerbehinderte Menschen; dies sind acht Prozent der Bevölkerung. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2015 ist deren Zahl somit um neun Prozent gestiegen. Betroffen sind überwiegend ältere Personen – mehr als die Hälfte sind 65 Jahre und älter. Außerdem besitzen mehr Männer als Frauen einen Schwerbehindertenausweis.

Als schwerbehindert gelten Personen, denen vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde. Dieser Beitrag beschreibt die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik aus dem Jahr 2017.

Erfassung schwerbehinderter Menschen in der Schwerbehindertenstatistik

Nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) gelten Menschen als behindert, die in ihrer körperlichen Funktion, geistigen Fähigkeit oder seelischen Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und deren Teilhabe am Leben in der Gesellschaft daher beeinträchtigt ist.

Unterteilung nach Grad der Behinderung

Die Einschränkungen hinsichtlich der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden als Grad der Behinderung (GdB) – nach Zehnergraden von 20 bis 100 abgestuft – festgestellt. Personen, deren Grad der Behinderung mindestens 50 beträgt, gelten als schwerbehindert. In diesen Fällen stellt das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf Antrag einen Schwerbehindertenausweis aus.

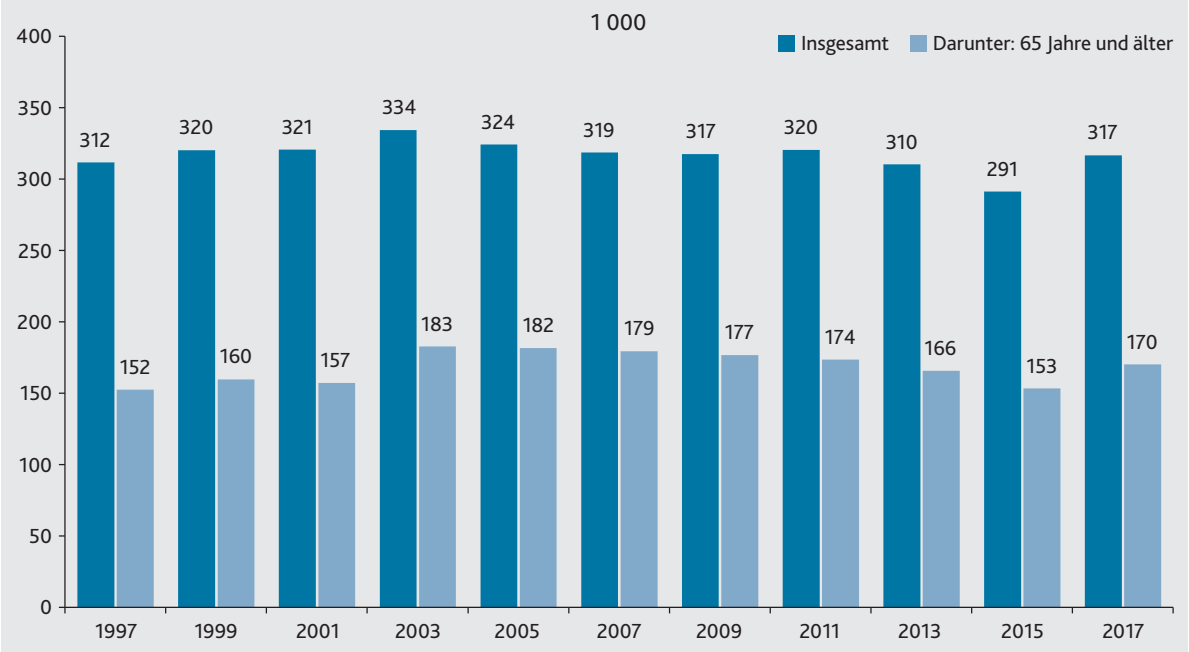
Behinderte ohne Ausweis statistisch nicht erfasst

Die Statistik beruht auf den Daten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, die alle zwei Jahre an das Statistische Landesamt geliefert werden. In die Statistik einbezogen werden alle Personen, die im Besitz eines gültigen Schwerbehindertenausweises sind.[1] Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich auf den Stichtag 31. Dezember 2017.

Die Schwerbehindertenstatistik ist die wichtigste Quelle der amtlichen Statistik über Menschen mit Behinderungen. Sie erfasst

1 Schwerbehinderte Menschen, die vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zwar erfasst sind, deren Ausweis am Erhebungsstichtag noch nicht ausgestellt bzw. bei denen die Gültigkeitsdauer des Ausweises abgelaufen ist, werden in der Statistik nicht ausgewiesen. Die Gesamtzahl der schwerbehinderten Menschen ohne Rücksicht auf die Ausweisgültigkeit belief sich zum Zeitpunkt der vorliegenden Bestandsauswertung auf 427 955 Fälle.

G 1 Schwerbehinderte 1997–2017 nach Alter



diese nach wesentlichen Merkmalen, wie u. a. Alter und Geschlecht sowie Art und Grad der Behinderung. Ergänzend hierzu ermöglichen die Haushaltsbefragungen im Rahmen des Mikrozensus eine Beschreibung der Lebenslagen behinderter Menschen in deren Familien-, Haushalts- und Erwerbstätigkeitszusammenhang. Entsprechende Daten werden jährlich auf Stichprobenbasis erhoben.

Datengrundlage

Angaben über Schwerbehinderte stellt in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zur Verfügung. Die Auskunftsverpflichtung ergibt sich aus § 131 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX). Die Daten erhält das Statistische Landesamt zum jeweiligen Stichtag der Erhebung in anonymisierter Form. Zuvor wird ein Abgleich der Zahlen mit den Dateien der Meldebehörden vorgenommen, um den Datenbestand um solche Fälle zu bereinigen, in denen Schwerbehinderte verstorben oder nicht mehr in Rheinland-Pfalz gemeldet sind, ohne dass dies dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zur Kenntnis gelangt war.

Die Statistik wird alle zwei Jahre zum Stichtag 31. Dezember durchgeführt.

Zahl der Schwerbehinderten steigt

Rund 316 800 Schwerbehinderte

Ende 2017 lebten in Rheinland-Pfalz 316 764 schwerbehinderte Menschen; das waren rund acht Prozent der Bevölkerung.

Die Entwicklung der Schwerbehindertenzahlen verlief in den letzten zwanzig Jahren uneinheitlich. Im Jahr 1997 wurden annähernd 312 000 Schwerbehinderte registriert. Bis zum Jahr 2003 nahm diese Zahl kontinuierlich zu und erreichte mit 334 400 einen vorläufigen Höhepunkt. In den nachfolgenden Jahren wurden deutlich weniger schwerbehinderte Menschen registriert. Im Jahr 2015 waren dies erstmals seit 20 Jahren wieder weniger als 300 000 Menschen. Im aktuellen Berichtsjahr 2017 hat

die Zahl der Schwerbehinderten in Rheinland-Pfalz wieder um 25 600 Personen bzw. neun Prozent zugenommen.

Mehr Schwerbehinderte durch demografischen Wandel?

Da überwiegend ältere Menschen schwerbehindert sind, müssen bei der Beurteilung des zeitlichen Verlaufs der Zahl der Behinderten auch Altersstrukturveränderungen in der Bevölkerung berücksichtigt werden. So müsste allein die Tatsache, dass es immer mehr Ältere gibt, theoretisch zu einer wachsenden Zahl schwerbehinderter Menschen führen.

Anstieg auch nach Altersstandardisierung

Das Verfahren der Altersstandardisierung ermöglicht ein Herausrechnen der Veränderungen in der Altersstruktur, indem die Zahl der Schwerbehinderten nach Alter differenziert auf eine einheitliche sogenannte Standardbevölkerung bezogen wird.[2]

Diese sogenannte standardisierte Behindertenrate lag im Jahr 2017 bei 7 404 Schwerbehinderten je 100 000 Personen und damit um fast sieben Prozent höher als der Vorjahreswert. Folglich kann der Anstieg der Zahl schwerbehinderter Menschen nur teilweise durch die veränderte Altersstruktur erklärt werden. Im Vergleich ist der für das Berichtsjahr 2017 errechnete Wert allerdings die zweitniedrigste Behindertenrate seit 2007.

Geändertes Antrags- und Bescheinigungsverhalten?

Aufgrund der vorliegenden Daten lässt sich nur schwer einschätzen, welche Faktoren ursächlich für den Anstieg der Schwerbehindertenzahlen sein könnten. Gibt es mehr Behinderungen oder gab es Änderungen beim Verfahrensablauf? Auch eine Verhaltensänderung in der Bevölkerung ist eine mögliche Ursache für den Anstieg der Schwerbehindertenzahlen. Betroffene

2 In Anlehnung an die Gesundheitsberichterstattung wurde bei der Ermittlung der standardisierten Schwerbehindertenraten als Standardbevölkerung die im Zensusjahr 2011 festgestellte durchschnittliche Bevölkerung Deutschlands verwendet.

G 2 Standardisierte Schwerbehindertenraten 2007–2017

1 Standardbevölkerung Deutschland 2011.

machen gegebenenfalls häufiger erfolgreich von ihrem Recht Gebrauch, einen Antrag auf Ausstellung eines Ausweises zu stellen.

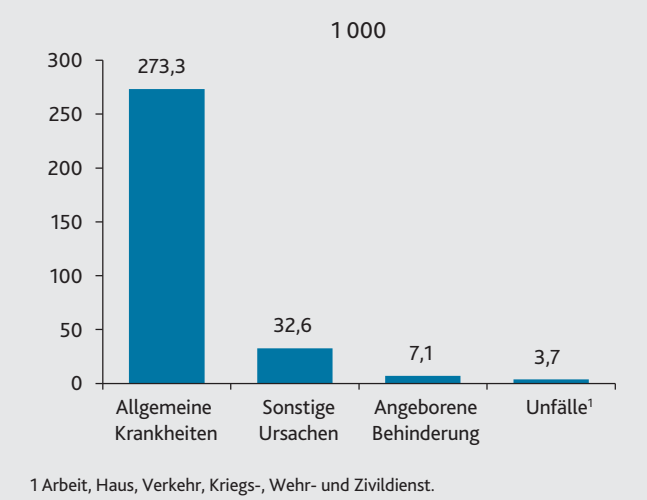
Überwiegend körperliche Behinderungen

Behinderung kann unterschiedliche Ursachen haben

In den meisten Fällen sind es die Folgen von Erkrankungen, zum Beispiel des Herz-Kreislauf-Systems oder des Stütz- und Bewegungsapparats, die ursächlich für die Behinderung sind. Ende 2017 traf dies auf rund 86 Prozent aller Schwerbehinderten bzw. 273 300 Personen zu. Neben diesen Ursachen sind aber auch angeborene Fehlbildungen oder Folgen von Unfällen, Kriegs- oder Wehrdienstbeschädigungen Grund für die Schwerbehinderung.

Bei Vorliegen mehrerer Einschränkungen werden diese in der Reihenfolge der Schwere erfasst und derjenigen Behinderungsart zugeordnet, die mit den stärksten Beeinträchtigungen verbunden ist. Für eine bzw. einen Schwerbehinderten können dabei individuell bis zu drei Behinderungen nach Art und Ursache erfasst und nachgewiesen werden.

G 3 Schwerbehinderte 2017 nach Ursache der Behinderung



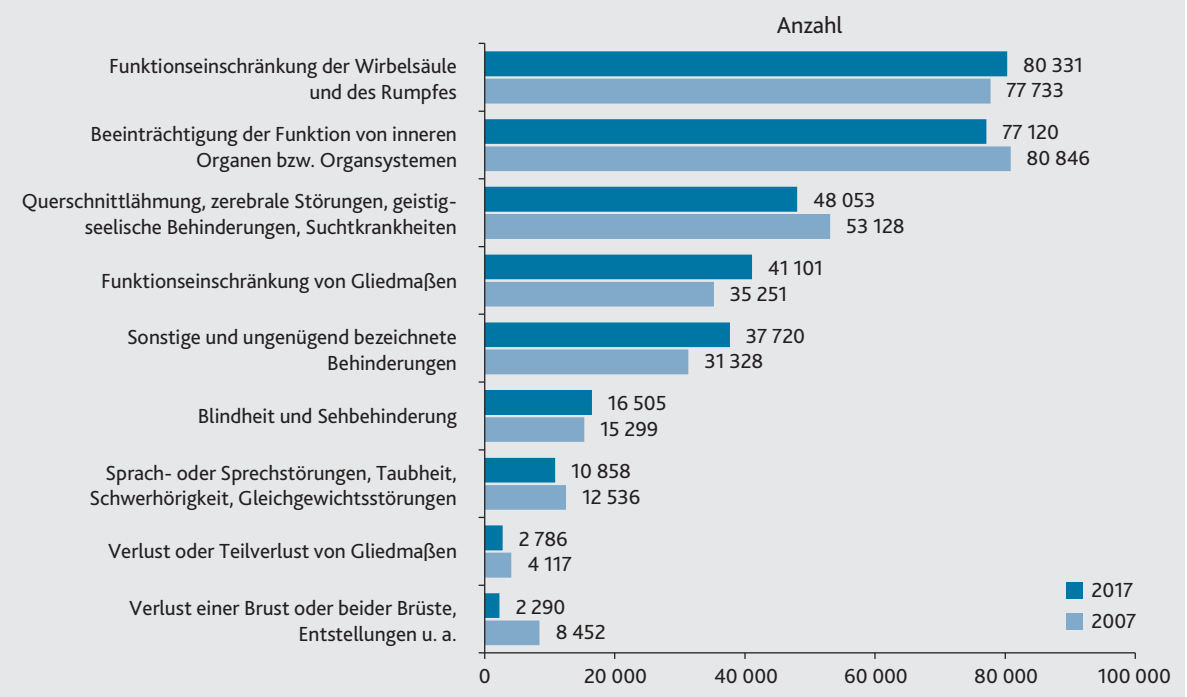
55 Kategorien der Behinderung

Die Art der Behinderung wird anhand von insgesamt 55 Kategorien erfasst, die in einer Zusammenfassung nach neun Gruppen dargestellt werden können. Die Einteilung orientiert sich in erster Linie nicht an der für das Handicap ursächlichen Krankheitsdiagnose (z. B. Multiple Sklerosis), sondern an der Erscheinungsform der Behinderung und der durch sie bestimmten Funktionseinschränkung (z. B. von Gliedmaßen, Organsystemen oder Sinnesorganen).

Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule am häufigsten

Häufigster Grund für die Anerkennung einer Schwerbehinderung in der Untergliederung nach den genannten neun Gruppen waren im Jahr 2017 Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes mit landesweit 80 300 Fällen bzw. einem Anteil von 25 Prozent. Die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen stellte mit insgesamt 77 100 Fällen bzw. einem Anteil von 24 Prozent die zweithäufigste Art der Schwerbehinderung dar. Schwerbehinderungen, die ihre Ursache in einer hirnorganischen Schädigung, einer psychischen Erkrankung oder Querschnittslähmung haben, betrafen fast 48 100 Menschen bzw. 15 Prozent der Schwerbehinderten. Personen mit

G 4 Schwerbehinderte 2017 nach Art der schwersten Behinderung



Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen gab es rund 41 100 – dies entspricht einem Anteil von 13 Prozent. Darüber hinaus litten fünf Prozent der Schwerbehinderten bzw. 16 500 Personen unter Blindheit oder Sehbehinderungen. Weitere 10 900 Menschen bzw. drei Prozent wurden infolge von Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit oder Gleichgewichtsstörungen als schwerbehindert eingestuft.

Ältere Menschen sind häufiger schwerbehindert

Mehr als die Hälfte sind 65 Jahre oder älter

Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt, dass überwiegend ältere Menschen betroffen sind. So waren bei der Erhebung Ende 2017 knapp 54 Prozent der Schwerbehinderten 65 Jahre oder älter. Gut 31 Prozent der Schwerbehinderten hatten bereits das 75. Lebensjahr vollendet.

Quoten mit Bevölkerungsbezug bestätigen Abhängigkeit vom Lebensalter

Die große Abhängigkeit vom Lebensalter zeigt auch eine Betrachtung altersspezifischer Schwerbehindertenquoten[3]. In der Altersgruppe der Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, war der Anteil der Schwerbehinderten an der Bevölkerung gleichen Alters im Jahr 2017 mit 19 Prozent am höchsten. Bei den 60- bis 65-Jährigen betrug die Quote 14 Prozent und bei den 55- bis 60-Jährigen zehn Prozent. In den darunterliegenden Altersgruppen waren anteilig deutlich weniger Menschen betroffen.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2007 zeigt bei den mittleren und höheren Jahrgängen rückläufige Trends. Die jeweiligen Anteile an der Bevölkerung gleichen Alters sind besonders deutlich bei den Älteren gesunken. Für Personen mit 65 und mehr Lebensjahren lag die Quote im Jahr 2007 mit knapp 22 Prozent noch um 2,5 Prozentpunkte höher. Fast im gleichen Maße rückläufig ist die Quote auch bei den 60- bis 65-Jährigen (–2,3 Prozentpunkte). Aber auch der Anteil der schwerbehinderten 55- bis 60-Jährigen ist gegenüber 2007 um 1,3 Prozentpunkte gesunken.

3 Anteile der Schwerbehinderten an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe.

G 5 Schwerbehindertenquoten 2007 und 2017 nach Alter

1 Bevölkerung zum 31.12.2017.

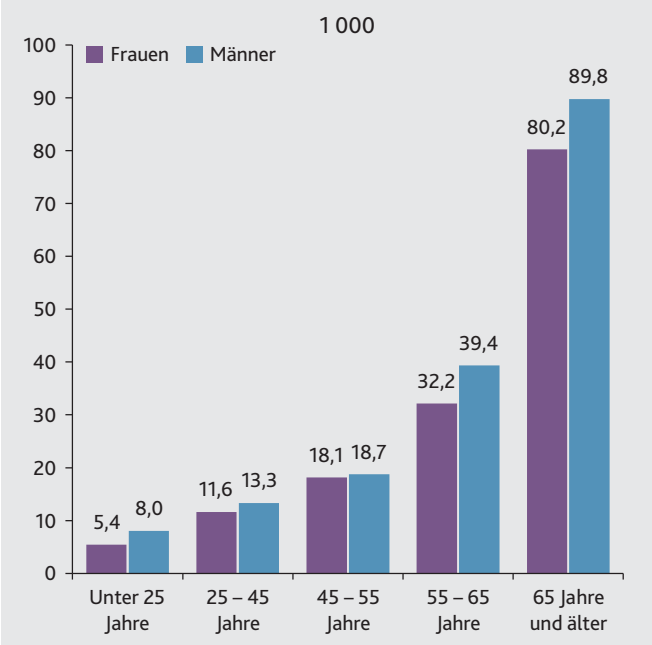
Männer sind wesentlich öfter schwerbehindert

Mit 169 200 Personen waren deutlich mehr Männer als Frauen (147 500) von Schwerbehinderung betroffen.

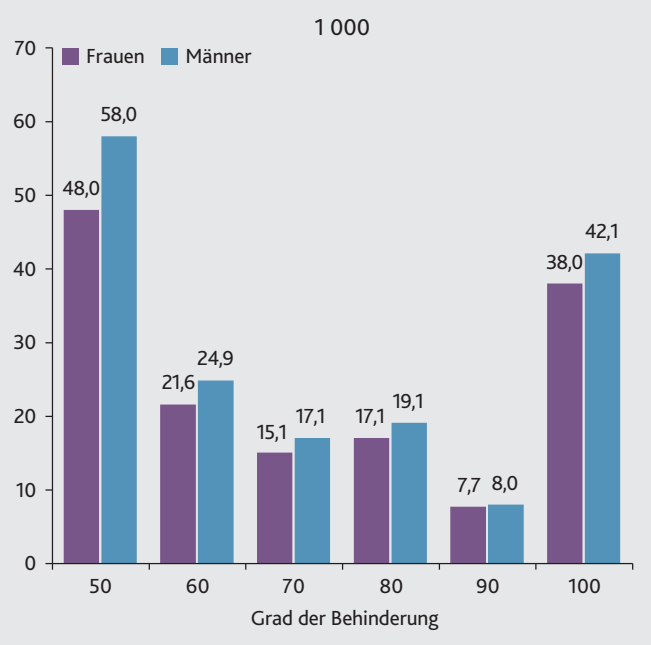
In allen Altersgruppen mehr schwerbehinderte Männer als Frauen

Wird berücksichtigt, dass es in der Bevölkerung wesentlich mehr über 65-jährige Frauen als Männer gibt, so werden altersspezifische Unterschiede zwischen den Geschlechtern deutlich: Danach hatten 23 Prozent der Männer, aber nur 16 Prozent

G 6 Schwerbehinderte 2017 nach Alter und Geschlecht



G 7 Schwerbehinderte 2017 nach Grad der Behinderung und Geschlecht



der Frauen in dieser Altersgruppe einen Schwerbehindertenausweis. Auch in den jüngeren Altersgruppen zeigte sich bei den Männern eine höhere relative Betroffenheit. Allerdings sind hier die Unterschiede in den alters- und geschlechtsspezifischen Schwerbehindertenquoten weniger stark ausgeprägt.

Rund ein Viertel der Schwerbehinderten sind hochgradig behindert

Niedrigster und höchster Grad der Behinderung sind am häufigsten

Eine Differenzierung nach dem Behinderungsgrad zeigt, dass ein Drittel der schwerbehinderten Menschen (106 000) den für die Ausstellung eines Behindertenausweises erforderlichen niedrigsten Grad der Behinderung von 50 aufweisen. Besonders auffällig ist hier der geschlechtsspezifische Unterschied: Mit 58 000 Männern gegenüber 48 000 Frauen ist das männliche Geschlecht weit stärker vertreten. Rund ein Viertel aller Schwerbehinderten (80 100) hatte den höchsten Grad der Behinderung von 100; auch hier gibt es mehr Männer (42 100) als Frauen (38 000).

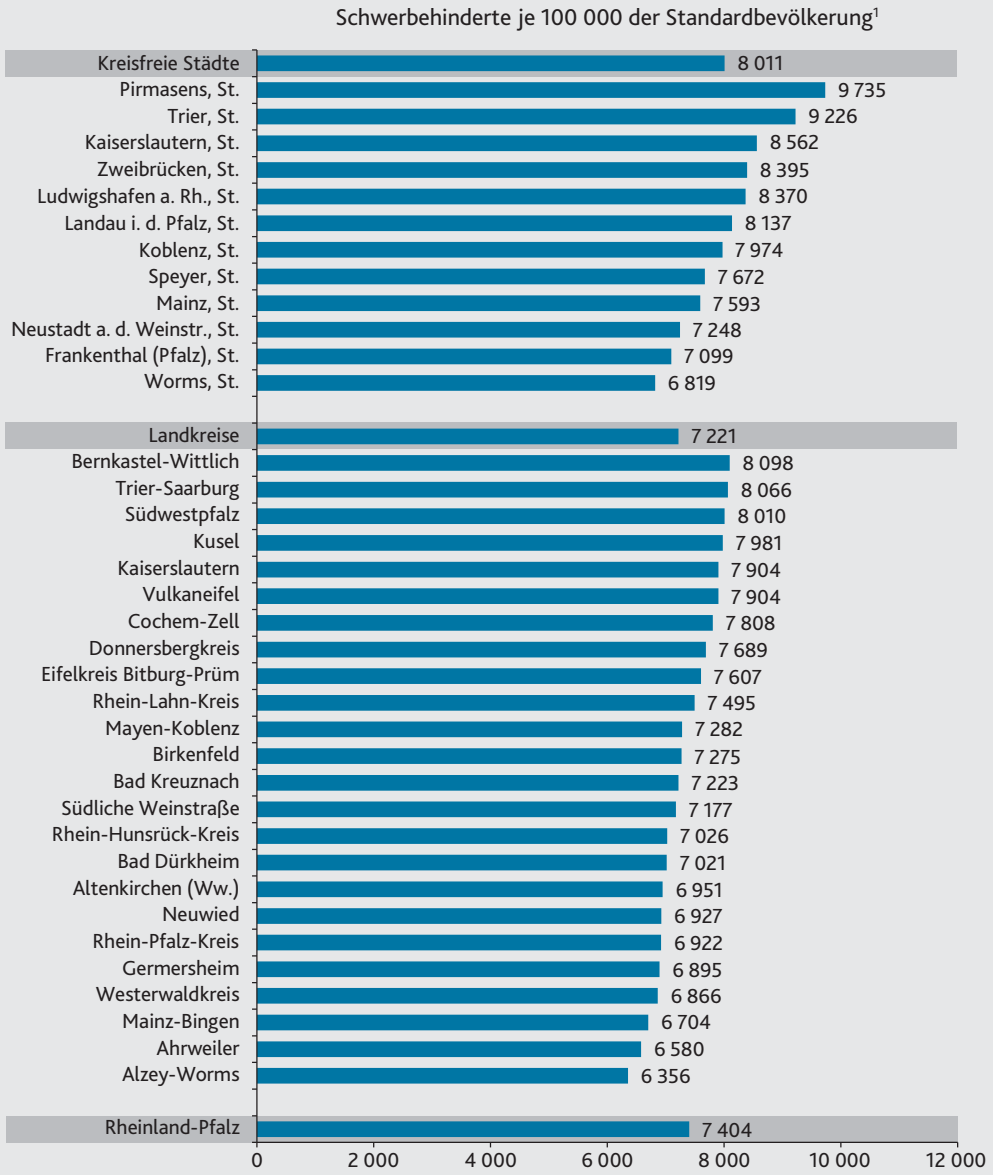
Altersstandardisierung ermöglicht Regionalvergleich

Regionale Unterschiede in der absoluten Zahl der Schwerbehinderten sind in erster Linie auf unterschiedliche Bevölkerungsumfänge und Altersstrukturen zurückzuführen. Die Ermittlung und Quantifizierung regionaler Disparitäten auf der Kreisebene setzt deshalb – wie auch die Beurteilung der zeitlichen Entwicklung – die Berechnung altersstandardisierter Raten voraus.

Höchste Schwerbehindertenrate in Pirmasens und Trier

Im Landesdurchschnitt errechneten sich für das Jahr 2017 insgesamt 7 404 Schwerbehinderte je 100 000 Personen der Standardbevölkerung. Unter den kreisfreien Städten und Landkreisen schwankte die Betroffenheit in einer Spanne von rund 6 400 im Landkreis Alzey-Worms bis zu 9 700 in der

G 8 Standardisierte Schwerbehindertenraten 2017 nach Verwaltungsbezirken



1 Standardbevölkerung Deutschland 2011.

kreisfreien Stadt Pirmasens. Mit 9 200 wies auch die kreisfreie Stadt Trier einen im Vergleich zu den übrigen kreisfreien Städten und Landkreisen auffällig hohen Wert auf.

In den kreisfreien Städten gab es mit 8 000 Schwerbehinderten je 100 000 Personen der Standardbevölkerung durchschnittlich mehr Betroffene als auf Landesebene; in den Landkreisen (7 200) lag die Schwerbehindertenrate dagegen leicht unter dem Landeswert.

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege".

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2016

Von Jochen Küpper

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist eine zentrale Einkommensgröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es ergibt sich aus den durch Erwerbstätigkeit und Vermögen erzielten Einkommen zuzüglich der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Sozialhilfe oder Kindergeld und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers wie Steuern oder Sozialabgaben. Im Jahr 2016 standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 22 240 Euro für den Konsum oder das Sparen zur Verfügung. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen im Land hatte der Landkreis Bad Dürkheim mit 25 615 Euro. Die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße hatte mit 25 391 Euro das höchste Pro-Kopf-Einkommen unter den kreisfreien Städten.

Verfügbares Einkommen als zentrale Einkommensgröße

Verwendung für Konsum und Sparen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist eine wichtige Einkommensgröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dabei handelt es sich um das Einkommen, das den privaten Haushalten nach Einkommensumverteilung für Konsum und Sparen verbleibt. Der Sektor „Private Haushalte“ umfasst nicht nur die privaten Haushalte im engeren Sinne, sondern allgemein Einzelpersonen bzw. Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, aber auch als Produzenten (z. B. Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer, selbstständige Landwirtinnen und Landwirte, Freiberuflerinnen bzw. Freiberufler). In Deutschland werden die privaten Haushalte mit privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften) zusammengefasst. Im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt, das am Ort der Produktion nachgewiesen wird, ist das verfügbare Einkommen eine wohnortbezogene Größe (Inländerkonzept). Um die Ergebnisse der Kreise miteinander vergleichen zu können, wird das verfügbare Einkommen auf die Einwohnerzahl bezogen.

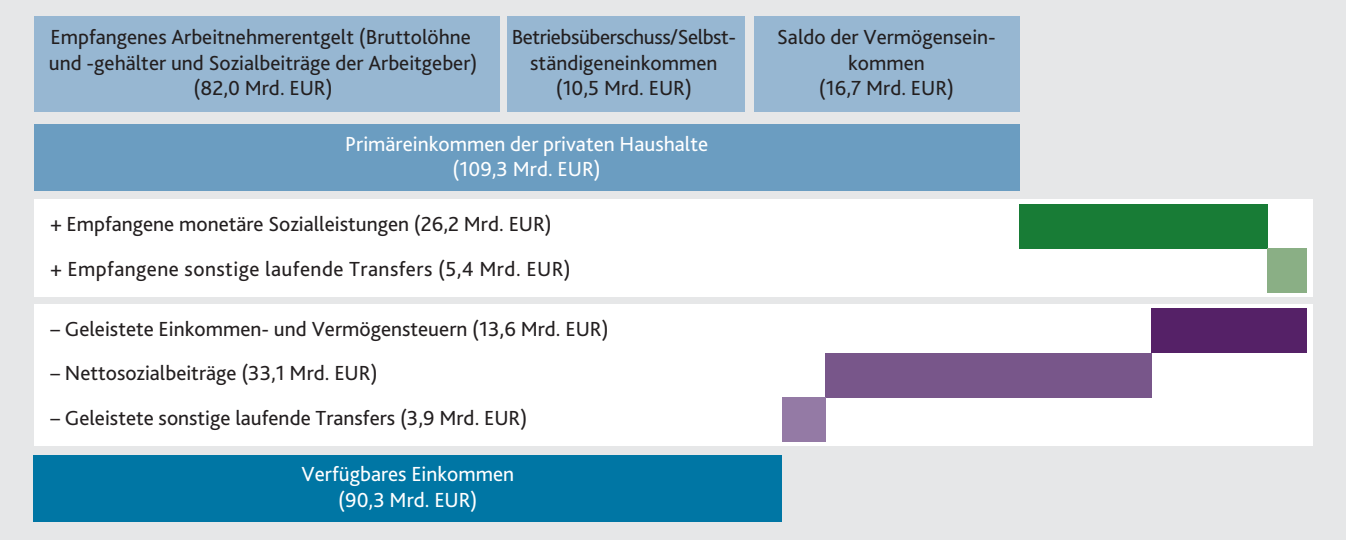
Nachweis nach Inländerkonzept

Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse sind auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2017 abgestimmt.

Von der primären Einkommensverteilung ...

Ausgangspunkt der Berechnung des verfügbaren Einkommens ist das Primäreinkommen der privaten Haushalte. Das Pri-

G 1 Schematische Darstellung der Einkommensverteilung der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 2016



Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

märeinkommen ist das Einkommen, das der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz aus ihrer Teilnahme am Wertschöpfungsprozess, d. h. aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, zufließt. Es setzt sich zusammen aus den empfangenen Arbeitnehmerentgelten (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber), den Unternehmenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen, sowie dem Saldo der Vermögenseinkommen.

Drei Viertel des Primäreinkommens stammen aus Arbeitnehmerentgelten

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug 2016 insgesamt 109,2 Milliarden Euro. Davon entfielen 75 Prozent (82 Milliarden Euro) auf Arbeitnehmerentgelte. Unternehmenseinkommen trugen knapp zehn Prozent (10,5 Milliarden Euro) bei. Das Primäreinkommen umfasst zum einen die Selbstständigeneinkommen der zum Sektor „Private Haushalte" gehörenden Unternehmen. Des Weiteren ist darin auch ein unterstelltes Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohnraum enthalten. Der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, z. B. Zinsen, Pachten, Gewinnentnahmen und Ausschüttungen, betrug 16,7 Milliarden Euro. Das waren gut 15 Prozent des Primäreinkommens.

Im Vergleich zu 2000 ist das Primäreinkommen in jeweiligen Preisen um insgesamt 42 Prozent gestiegen. Der Saldo der Vermögenseinkommen legte dabei um 47 Prozent zu. Die Arbeitnehmerentgelte stiegen mit einem Plus von 45 Prozent etwas weniger. Am geringsten fiel die Zunahme der Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse aus (+16 Prozent).

… zur sekundären Einkommensverteilung

Einkommen nach Einkommensumverteilung

Das verfügbare Einkommen unterscheidet sich vom Primäreinkommen durch Einkommensumverteilung, d. h. zum Primäreinkommen werden die empfangenen laufenden Transfers hinzugezählt und die geleisteten laufenden Transfers abgezogen.

Bei den von den privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers handelt es

Haushalte empfangen monetäre Sozialleistungen …

sich vor allem um monetäre Sozialleistungen. Dazu gehören insbesondere die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Weitere monetäre Sozialleistungen sind beispielsweise Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (z. B. Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopferversorgung). Nicht enthalten sind Dienst- und Sachleistungen des Staates. Zu den empfangenen sonstigen laufenden Transfers zählen beispielsweise empfangene Leistungen von Nichtlebensversicherungen wie Kfz- oder Haftpflichtversicherungen.

… und leisten Einkommen- und Vermögensteuern sowie Nettosozialbeiträge

Die geleisteten laufenden Transfers umfassen vor allem die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern und Verwaltungsgebühren) sowie die Nettosozialbeiträge. In den Sozialbeiträgen sind nicht nur die tatsächlich gezahlten Beiträge der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbstständigen und Nichterwerbstätigen enthalten, sondern auch unterstellte Beiträge für z. B. die Beamtenversorgung. Zu den geleisteten sonstigen laufenden Transfers gehören u. a. die Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen.

Nach Umverteilung verbleiben den privaten Haushalten 83 Prozent des Primäreinkommens

Insgesamt beliefen sich die empfangenen laufenden Transfers der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 2016 auf 31,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig mussten die privaten Haushalte laufende Transfers in Höhe von 50,6 Milliarden Euro leisten. Die Nettosozialbeiträge haben mit knapp 66 Prozent den Hauptanteil an den laufenden Transfers. Auf die Einkommens- und Vermögenssteuern entfielen knapp 27 Prozent. Damit nahm das Einkommen durch die Umverteilung um 19 Milliarden Euro ab; das verfügbare Einkommen betrug 2016 somit 90,3 Milliarden Euro. Das waren 83 Prozent des Primäreinkommens.

Gegenüber 2000 hat sich das verfügbare Einkommen um 41 Prozent erhöht. Die empfangenen Transfers sind in diesem Zeitraum minimal stärker gestiegen als die geleisteten Transfers (+47 bzw. +46 Prozent).

Regionale Unterschiede in der Einkommensverteilung

Große Unterschiede im Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in den Kreisen

Durchschnittlich betrug das Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 2016 in Rheinland-Pfalz 26 912 Euro. In den kreisfreien Städten war der Wert mit 25 403 Euro rund 2 000 Euro niedriger als in den Landkreisen mit 27 443 Euro. Regional betrachtet sind auch innerhalb der kreisfreien Städte bzw. Landkreise teilweise große Unterschiede erkennbar. Das höchste Primäreinkommen unter den kreisfreien Städten wies Neustadt an der Weinstraße auf. Mit 30 553 Euro war es 14 Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Am geringsten war das Primäreinkommen in Pirmasens; mit 20 328 Euro lag es 24 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Auch in den Landkreisen war eine große Spannweite der Einkommen festzustellen. Das Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner streute zwischen 33 029 Euro in Mainz-Bingen und 23 706 Euro in Kusel. Das waren 23 Prozent mehr bzw. zwölf Prozent weniger als im Landesdurchschnitt. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Wert in Rheinland-Pfalz betrug rund 62 Prozent.

T 1 Einkommen der privaten Haushalte[1] 2016 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner/-in		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner/-in		Anteil am Primäreinkommen in %
			EUR	Rheinland-Pfalz = 100			EUR	Rheinland-Pfalz = 100	
Frankenthal (Pfalz), St.	1 216	1,1	25 119	93,3	1 027	1,1	21 226	95,4	84,5
Kaiserslautern, St.	2 165	2,0	21 892	81,3	1 859	2,1	18 796	84,5	85,9
Koblenz, St.	2 819	2,6	24 927	92,6	2 378	2,6	21 029	94,6	84,4
Landau i. d. Pfalz, St.	1 205	1,1	26 378	98,0	970	1,1	21 233	95,5	80,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 911	3,6	23 609	87,7	3 212	3,6	19 390	87,2	82,1
Mainz, St.	6 021	5,5	28 446	105,7	4 554	5,0	21 515	96,7	75,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 622	1,5	30 553	113,5	1 348	1,5	25 391	114,2	83,1
Pirmasens, St.	819	0,7	20 328	75,5	791	0,9	19 649	88,3	96,7
Speyer, St.	1 489	1,4	29 535	109,7	1 203	1,3	23 860	107,3	80,8
Trier, St.	2 760	2,5	24 531	91,2	2 234	2,5	19 857	89,3	80,9
Worms, St.	2 019	1,8	24 518	91,1	1 672	1,9	20 300	91,3	82,8
Zweibrücken, St.	789	0,7	22 978	85,4	678	0,8	19 751	88,8	86,0
Ahrweiler	3 370	3,1	26 308	97,8	2 942	3,3	22 962	103,2	87,3
Altenkirchen (Ww.)	3 150	2,9	24 407	90,7	2 733	3,0	21 176	95,2	86,8
Alzey-Worms	3 597	3,3	28 156	104,6	2 842	3,1	22 245	100,0	79,0
Bad Dürkheim	4 221	3,9	31 835	118,3	3 396	3,8	25 615	115,2	80,5
Bad Kreuznach	3 998	3,7	25 449	94,6	3 406	3,8	21 680	97,5	85,2
Bernkastel-Wittlich	2 946	2,7	26 324	97,8	2 521	2,8	22 529	101,3	85,6
Birkenfeld	1 924	1,8	23 838	88,6	1 736	1,9	21 504	96,7	90,2
Cochem-Zell	1 547	1,4	24 895	92,5	1 354	1,5	21 797	98,0	87,6
Donnersbergkreis	1 953	1,8	25 962	96,5	1 608	1,8	21 375	96,1	82,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 573	2,4	26 363	98,0	2 089	2,3	21 403	96,2	81,2
Germersheim	3 608	3,3	28 245	105,0	2 838	3,1	22 212	99,9	78,6
Kaiserslautern	2 613	2,4	24 834	92,3	2 203	2,4	20 931	94,1	84,3
Kusel	1 682	1,5	23 706	88,1	1 459	1,6	20 564	92,5	86,7
Mainz-Bingen	6 902	6,3	33 029	122,7	5 309	5,9	25 408	114,2	76,9
Mayen-Koblenz	5 603	5,1	26 374	98,0	4 651	5,2	21 895	98,4	83,0
Neuwied	4 815	4,4	26 589	98,8	4 106	4,5	22 672	101,9	85,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 794	2,6	27 183	101,0	2 386	2,6	23 219	104,4	85,4
Rhein-Lahn-Kreis	3 105	2,8	25 230	93,8	2 681	3,0	21 785	98,0	86,3
Rhein-Pfalz-Kreis	4 944	4,5	32 461	120,6	3 875	4,3	25 441	114,4	78,4
Südliche Weinstraße	3 151	2,9	28 461	105,8	2 593	2,9	23 424	105,3	82,3
Südwestpfalz	2 479	2,3	25 764	95,7	2 161	2,4	22 459	101,0	87,2
Trier-Saarburg	4 165	3,8	28 159	104,6	3 334	3,7	22 541	101,4	80,0
Vulkaneifel	1 483	1,4	24 402	90,7	1 294	1,4	21 292	95,7	87,3
Westerwaldkreis	5 788	5,3	28 844	107,2	4 838	5,4	24 108	108,4	83,6
Rheinland-Pfalz	109 246	100,0	26 912	100,0	90 282	100,0	22 240	100,0	82,6
kreisfreie Städte	26 836	24,6	25 403	94,4	21 928	24,3	20 757	93,3	81,7
Landkreise	82 410	75,4	27 443	102,0	68 354	75,7	22 762	102,3	82,9

1 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2017

Durchschnittlich 22 240 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner für Konsum und Sparen

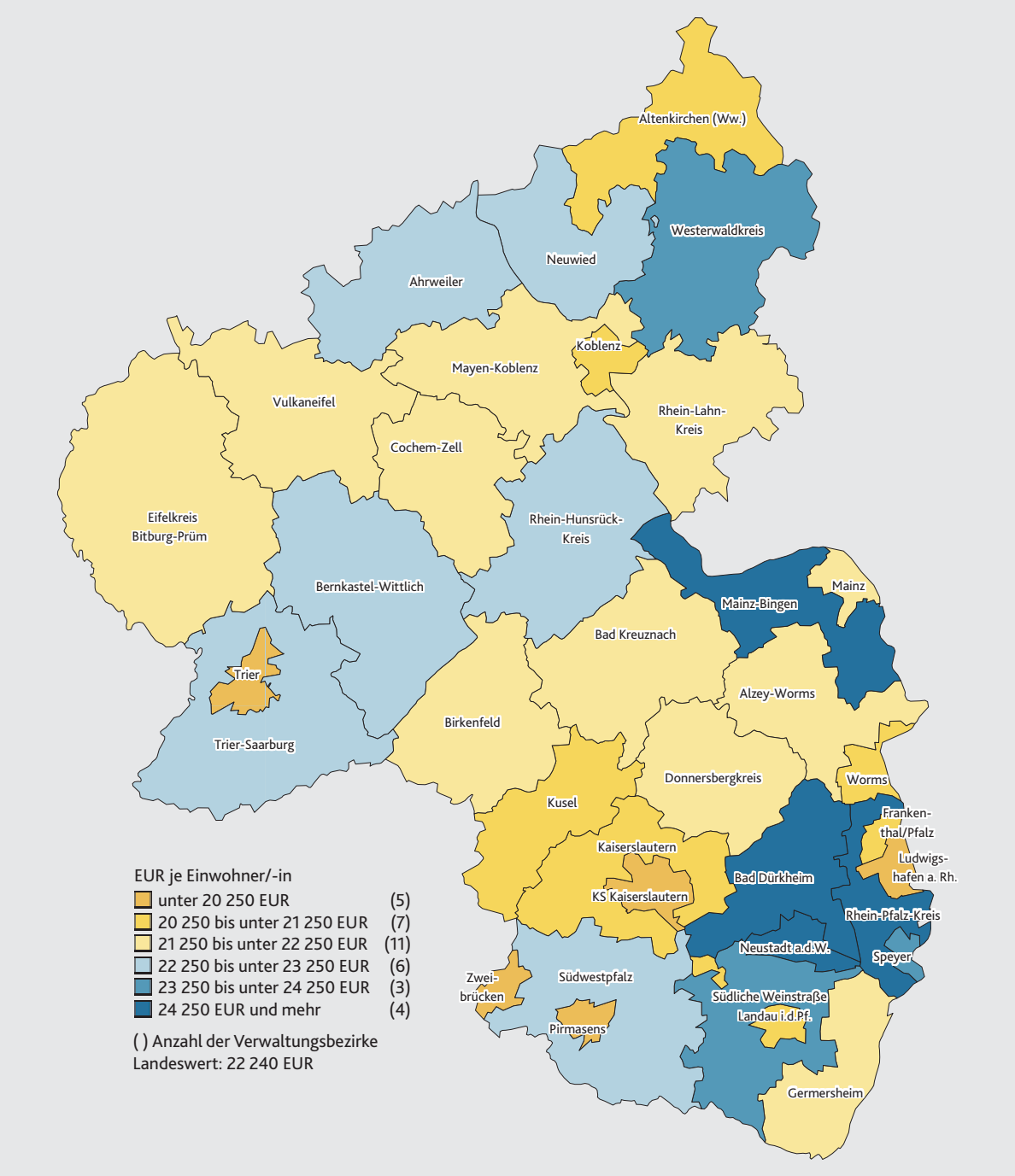
Pro-Kopf-Einkommen sinkt durch Umverteilung

Durch die Umverteilung ist das durchschnittliche Einkommen 2016 um 4 672 Euro gesunken. Im Schnitt standen jeder Rheinland-Pfälzerin bzw. jedem Rheinland-Pfälzer damit 22 240 Euro für Konsumzwecke bzw. Sparen zur Verfügung. Wie das Primäreinkommen war auch das verfügbare Einkommen in den kreisfreien Städten um 2 000 Euro geringer als in den Landkreisen (20 757 bzw. 22 762 Euro). Das höchste Pro-Kopf-Einkommen wies der Landkreis Bad Dürkheim

(25 615 Euro) gefolgt vom Rhein-Pfalz-Kreis (24 441 Euro) auf. Unter den kreisfreien Städten ergab sich der höchste Wert in Neustadt an der Weinstraße mit 25 391 Euro. Am geringsten war das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in der Stadt Kaiserslautern mit 18 796 Euro. Unter den Landkreisen verfügte die Bevölkerung von Kusel mit durchschnittlich 20 564 Euro über das niedrigste Einkommen.

Niedrigster Pro-Kopf-Wert in der Stadt Kaiserslautern

K 1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2016 nach Verwaltungsbezirken



Abstände zwischen den Kreisen nach Umverteilung geringer

Die Einkommensumverteilung soll zu einer Verringerung der Einkommensunterschiede führen. Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen auf Kreisebene. Im Jahr 2016 lag das höchste verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 15 Prozent über dem Landesdurchschnitt; der geringste Pro-Kopf-Wert gut 15 Prozent darunter. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen betrug rund 36 Prozent und damit gut 26 Prozentpunkte weniger als beim Primäreinkommen.

Pirmasens profitiert besonders stark von der Umverteilung

In den meisten Kreisgebieten mit niedrigem Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner war das verfügbare Einkommen pro Kopf näher am Landesdurchschnitt als das Primäreinkommen pro Kopf. Am stärksten profitierte die Stadt Pirmasens von der Umverteilung. Hier lag das Primäreinkommen gut 24 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Das verfügbare Einkommen lag dagegen nur rund zwölf Prozent darunter. Im Gegensatz dazu verringerte sich in insgesamt 14 Regionen mit dem höchsten Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner der Abstand zum Landesdurchschnitt. Die stärkste Annäherung verzeichnete dabei mit Mainz-Bingen der Kreis mit dem höchsten Pro-Kopf-Primäreinkommen.

Die Rangfolge der Regionen ist bei Primär- und verfügbarem Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner tendenziell sehr ähnlich. In Einzelfällen kommt es allerdings auch zu einigen größeren Verschiebungen. Den stärksten Aufstieg in der Rangfolge verzeichnete der Landkreis Birkenfeld (von Rang 31 auf Rang 21). Die Stadt Mainz rutschte dagegen von Rang acht auf Rang 20 ab.

Zu beachten ist bei den Vergleichen des Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner, dass weder die Altersstruktur noch die Einkommensverteilung innerhalb einer Region berücksichtigt werden. Die Altersstruktur hat z. B. Auswirkungen auf die Höhe der Erwerbsbeteiligung und damit auf die aus Erwerbstätigkeit generierten Primäreinkommen. Der Durchschnittswert des Pro-Kopf-Einkommens in einer Region erlaubt keine Aussagen darüber, wie gleichmäßig sich das Einkommen auf die Bevölkerung verteilt.

Keine Aussagen über Einkommensverteilung innerhalb einer Region möglich

Rangfolge der Kreise unterscheidet sich zwischen verfügbarem Einkommen und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen stark

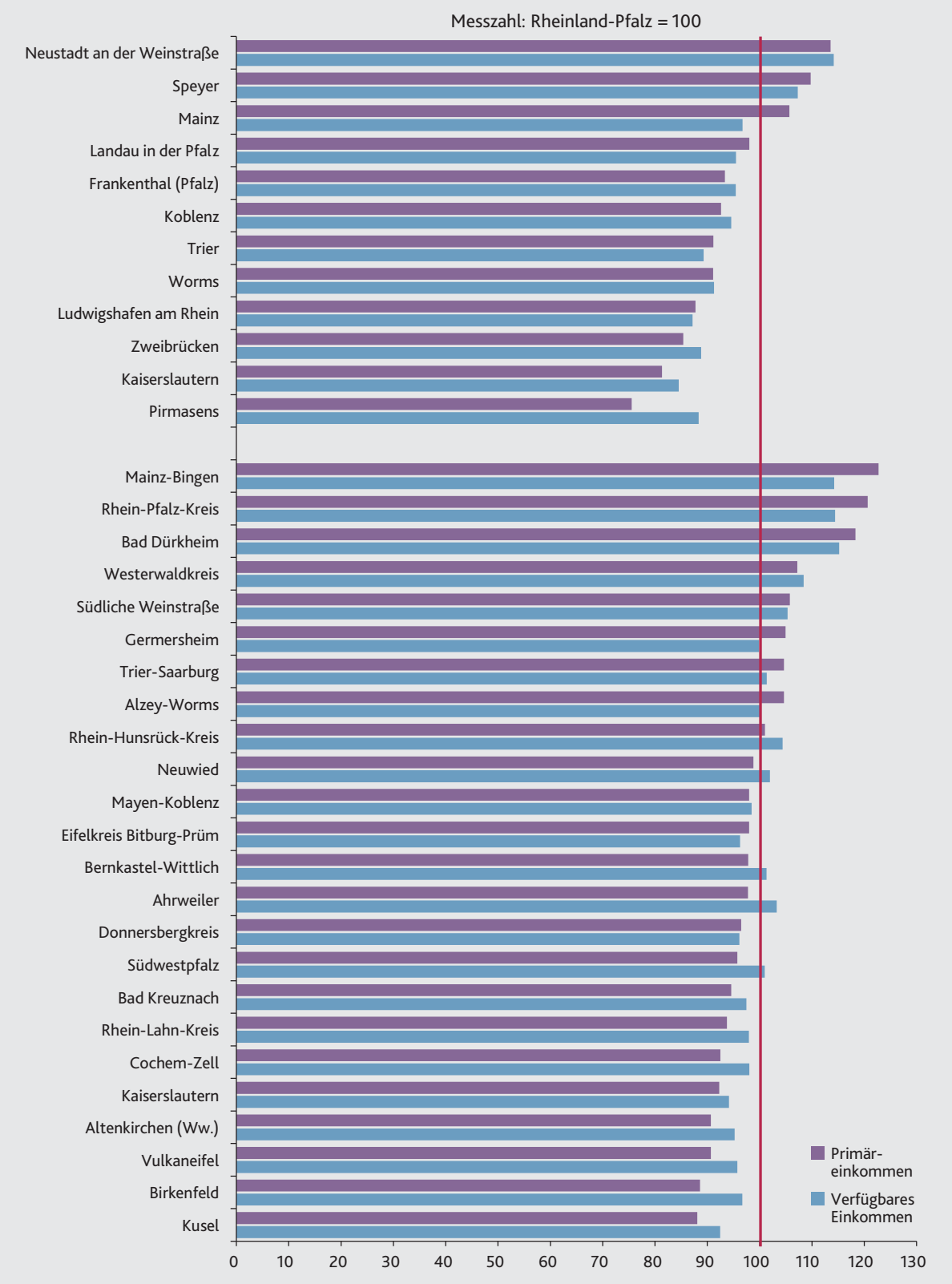
Neben der Erwerbsbeteiligung hat auch die Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft einen Einfluss auf das Primär- bzw. verfügbare Einkommen, wobei sich insbesondere bei einer kleinräumigen Analyse wie dieser die Wirtschaftskraft durch Pendlerverflechtungen auch auf umliegende Regionen auswirkt. Ein Vergleich zwischen dem Bruttoinlandsprodukt, das am Ort der Produktion bzw. Beschäftigung nachgewiesen wird, und dem verfügbaren Einkommen, das am jeweiligen Wohnort gemessen wird, zeigt zum Teil große Unterschiede. So weist z. B. die Stadt Ludwigshafen das mit deutlichem Abstand höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, aber eines der geringsten Pro-Kopf-Einkommen im Land auf. Dafür ist im angrenzenden Rhein-Pfalz-Kreis die Wirtschaftskraft relativ gering, das verfügbare Einkommen jedoch sehr hoch.

Verfügbares Einkommen steigt in den Landkreisen stärker als in den kreisfreien Städten

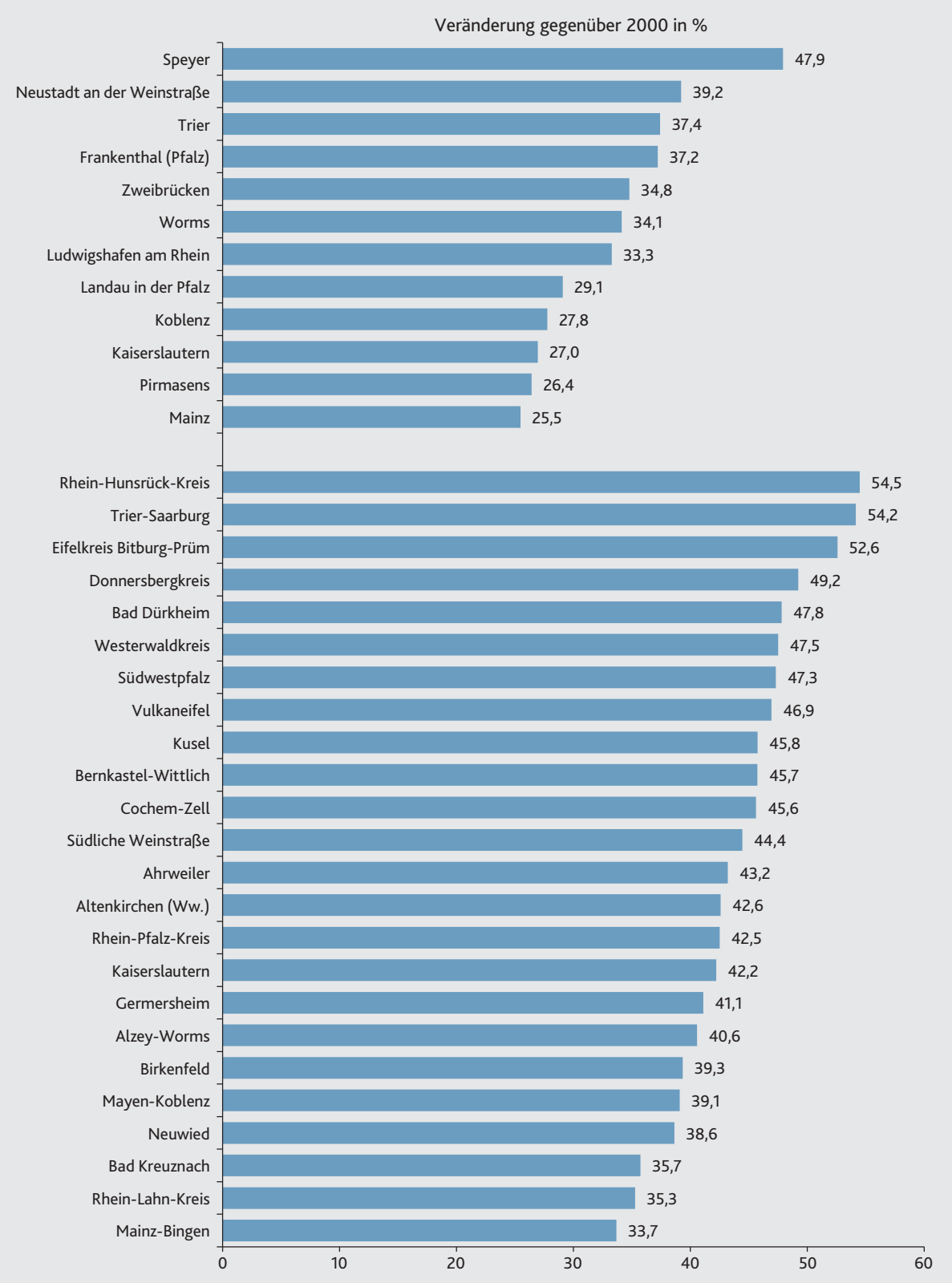
Zunahme des verfügbaren Einkommens gegenüber 2015 um 1,9 Prozent

Gegenüber 2015 hat das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 1,9 Prozent zugenommen. Mit +2,1 Prozent verzeichneten die Landkreise durchschnittlich einen höheren Anstieg als die kreisfreien Städte mit +1,4 Prozent. In den einzelnen Kreisgebieten lagen die Zuwachsraten zwischen 0,8 und 2,8 Prozent.

G 2 **Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2016 nach Verwaltungsbezirken**



G 3 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2016 nach Verwaltungsbezirken



Anstieg des verfügbaren Einkommens gegenüber 2000 um 40 Prozent

Im Vergleich zu 2000 ist das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz nominal, d. h. nicht preisbereinigt, um 40 Prozent gestiegen. Die Verbraucherpreise nahmen in diesem Zeitraum um 24 Prozent zu. In den Landkreisen fiel der Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens langfristig – wie im Vorjahresvergleich – wesentlich dynamischer aus als in den kreisfreien Städten (+43 bzw. +32 Prozent). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anstieg nicht nur durch die Veränderung des verfügbaren Einkommens, sondern auch durch die Veränderung der Bevölkerung beeinflusst wird. Die Einwohnerzahl ging in den Landkreisen zwischen 2000 und 2016 um 0,7 Prozent zurück. Die kreisfreien Städte verzeichneten dagegen – vor allem durch die positive Entwicklung in den Universitätsstädten Mainz, Trier und Landau – einen Bevölkerungszuwachs in Höhe von 5,4 Prozent.

Stärkste Zunahme im Rhein-Hunsrück-Kreis und Trier-Saarburg mit +54 Prozent

Unter den kreisfreien Städten wurde der höchste Anstieg des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner in Speyer (+48 Prozent) und in Neustadt an der Weinstraße (+39 Prozent) registriert. In Mainz dagegen nahm das Pro-Kopf-Einkommen nur um gut 25 Prozent zu. Ein Grund für diesen vergleichsweise schwachen Anstieg ist die Einführung der Zweitwohnsitzabgabe im Jahr 2005. Vor allem Studentinnen und Studenten, die in der Regel über kein größeres Einkommen verfügen, wandelten damals ihren Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz um; dadurch stieg die Bevölkerungszahl der Landeshauptstadt deutlich an.

Die höchsten Zuwächse unter den Landkreisen erzielten der Rhein-Hunsrück-Kreis, der Kreis Trier-Saarburg (jeweils +54 Prozent) sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm (+53 Prozent). Die beiden letztgenannten Kreise liegen – wie auch die Stadt Trier – im Einzugsbereich von Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des Großherzogtums.

Niveauunterschiede zwischen den Kreisen haben seit 2000 zugenommen

Die Niveauunterschiede im verfügbaren Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner haben seit 2000 zugenommen. Im Jahr 2000 lag das Pro-Kopf-Einkommen in den kreisfreien Städten mit 15 738 Euro nur 152 Euro unter dem Wert der Landkreise. 2016 betrug die Differenz 2 000 Euro.

Jochen Küpper, Master of Science, ist Mitarbeiter im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt, Verdienste/Preise“.

Info

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ Reihe 2 Band 3 „Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2016“. Die Veröffentlichung steht im Internet kostenfrei zur Verfügung:

www.statistik.rlp.de/de/publikationen/gemeinschaftsveroeffentlichungen/

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 [1,2]	4 070 [1,2]	4 068	4 069	4 070	4 074	4 076	4 077	...
darunter Ausländer[3]	1 000	397 [1,2]	421 [1,2]	419	421	422	437	440	441	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 768	1 729	1 225	2 099	2 413	1 031	1 299	2 240	...
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 126	3 121	2 840	3 127	3 195	2 991	2 983	3 152	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	8,5	9,0	9,6	8,6	8,9	9,1	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 819	3 950	3 796	3 920	3 557	5 547	3 941	3 756	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	11,7	11,4	11,3	10,6	16,0	11,8	10,8	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	12	10	12	11	12	9	8	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,7	3,5	3,8	3,4	4,0	3,0	2,5	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	-829	-956	-793	-362	-2 556	-958	-604	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,1	-2,5	-2,9	-2,3	-1,1	- 7,4	-2,9	-1,7	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	11 783	10 430	10 806	10 970	11 633	12 510	10 642	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	5 796	4 988	5 478	5 663	5 988	6 271	5 620	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	10 337	8 286	9 305	9 233	9 958	9 589	8 988	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	4 472	3 207	4 164	4 385	4 459	3 899	4 261	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	1 446	2 144	1 501	1 737	1 675	2 921	1 654	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	16 131	14 309	12 796	13 757	13 877	13 617	14 226	12 949	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2014	2015	2016			2017			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 322	1 345	1 365	1 388	1 377	1 379	1 389	1 416	1 405
* Frauen	1 000	611	627	637	648	646	646	648	659	657

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2014	2015	2016			2017			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	128	131	127	134	141	148	143
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	386	390	391	394	400	404	405
* darunter Frauen	1 000	295	309	318	321	323	324	328	331	332
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	14	11	13	13	14	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	424	431	426	427	430	437	432
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	299	304	302	301	304	311	309
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	206	213	216	219	217	218	221	227	225
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	413	420	421	420	420	427	428

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	106 165	100 820	98 325	101 644	98 999	94 382	92 054
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	49 516	46 732	45 518	46 871	45 685	43 351	42 301
Männer	Anzahl	60 978	58 132	56 648	54 087	52 806	54 773	53 313	51 031	49 753
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	41 185	42 178	41 844	39 191	38 083	41 449	39 457	37 389	36 809
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	70 250	64 121	64 321	61 629	60 242	60 195	59 542	56 993	55 245
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,1	4,8	4,8	4,6	4,5	4,5	4,4	4,2	4,1
* Frauen	%	4,9	4,7	4,8	4,5	4,4	4,4	4,3	4,1	4,0
* Männer	%	5,3	5,0	4,9	4,6	4,5	4,6	4,5	4,3	4,2
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	5,2	4,7	4,1	5,0	4,7	4,2	3,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	4,1	3,6	2,9	3,7	3,9	3,4	2,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	4,5	4,4	4,4	4,3	4,2	4,1	4,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	5,0	4,9	4,9	4,7	4,7	4,6	4,5
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	12,9	12,3	12,0	11,6	11,4	10,8	10,6
Deutsche	%	4,3	4,0	4,0	3,8	3,7	3,7	3,6	3,5	3,4
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	5 357	4 888	679	891	683	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	32 997	37 936	40 234	40 475	41 095	41 058	41 013	42 223	42 087

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	235 916	...	250 879	250 570	250 322	243 657	241 777	240 120	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 850	...	123 245	123 245	123 272	120 068	119 287	118 583	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	160 493	...	170 991	170 492	169 794	164 018	162 581	161 276	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	61 917	...	68 338	68 508	68 790	66 957	66 482	66 064	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 870	...	66 343	66 509	66 805	64 972	64 502	64 081	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	587	...	628	579	613	552	594	573	544
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	520	...	559	513	534	492	529	496	470
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	...	6	2	4	4	7	4	4
Unternehmen	Anzahl	92	...	67	34	100	46	77	77	85
private Haushalte	Anzahl	491	...	555	543	509	502	510	492	455
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 231	...	1 394	1 319	1 348	998	1 284	2 089	1 332
* Umbauter Raum	1 000 m^3	760	...	846	856	795	658	807	996	792
* Wohnfläche	1 000 m^2	141	...	158	152	151	125	150	173	145
Wohnräume	Anzahl	5 635	...	6 442	6 105	5 946	5 744	5 702	6 994	6 058
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	231	...	266	265	251	218	268	321	264
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	138	...	160	121	123	123	135	135	119
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	...	27	17	17	14	10	13	12
Unternehmen	Anzahl	82	...	87	63	70	92	100	87	75
private Haushalte	Anzahl	42	...	46	41	36	17	25	35	32
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	...	5	11	5	113	9	5	43
* Umbauter Raum	1 000 m^3	764	...	649	534	689	728	1 229	965	652
* Nutzfläche	1 000 m^2	110	...	93	72	117	103	235	132	94
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	104	...	84	61	85	112	147	167	128
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 447	...	1 643	1 490	1 530	1 256	1 165	2 257	1 669
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 395	...	7 297	6 913	6 637	6 699	6 581	7 801	7 039

Landwirtschaft

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 564	11 599	10 931	11 319	12 007	10 888	11 331	10 772	11 624
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 945	1 853	1 651	1 481	1 661	1 711	1 633	1 445	2 063
darunter										
* Kälber	t	7	8	6	4	5	6	6	2	6
* Jungrinder	t	8	8	4	3	3	10	8	2	7
* Schweine	t	9 570	9 695	9 242	9 802	10 302	9 132	9 653	9 295	9 481
* Eiererzeugung[2]	1 000	16 571	17 285	17 214	16 061	14 844	16 148	16 256	15 615	15 196

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 002	1 017	1 022	1 020	1 020	1 047	1 045	1 042	1 042
* Beschäftigte[4]	Anzahl	253 227	255 468	254 788	255 919	257 968	259 621	260 264	261 384	262 273
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 292	32 402	31 569	30 785	33 227	31 932	33 067	31 921	34 397
* Entgelte	Mill. EUR	1 078	1 102	1 123	1 035	1 024	1 439	1 153	1 060	1 058
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 223	7 820	7 997	7 597	7 898	8 241	8 876	8 503	8 758
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	3 813	4 253	4 366	4 095	4 290	4 479	4 540	4 399	4 421
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 098	2 181	2 184	2 118	2 182	2 126	2 295	2 201	2 094
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	101	94	100	90	94	87	85	75	89
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 211	1 293	1 348	1 294	1 332	1 548	1 957	1 828	2 153
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 140	2 433	2 474	2 276	2 412	2 553	2 531	2 472	2 480
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 086	1 046	960	1 038	1 066	900	1 008	1 038	1 010
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 003	4 368	4 411	4 224	4 337	4 672	5 125	4 988	5 138
Exportquote[6]	%	55,4	55,9	55,2	55,6	54,9	56,7	57,7	58,7	58,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	102,9	112,4	113,2	109,0	103,1	123,4	123,4	126,4	108,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,8	113,6	115,9	110,6	110,2	118,8	114,6	117,4	104,5
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	101,2	107,6	102,3	97,9	89,3	120,1	98,7	101,1	89,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]										
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	162,6	161,8	202,2	149,1	148,7	172,8	161,1	165,7	151,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	105,7	122,0	136,8	141,2	122,9	150,3	247,8	254,0	190,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	101,8	114,7	120,0	111,3	106,6	122,0	114,8	118,6	104,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	99,5	102,6	98,9	94,6	80,4	131,0	98,1	104,8	90,3
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	179	173	173	173	172	173	173	173	173
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 376	9 531	9 469	9 454	9 619	9 726	9 706	9 755	9 892
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 146	1 141	1 107	1 083	1 158	1 137	1 188	1 148	1 169
* Entgelte[3]	Mill. EUR	42	43	43	42	39	44	45	42	41
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	343	323	188	329	299	177	237	324	221
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	330	309	173	315	285	166	226	310	207
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 046	19 910	19 940	20 023	20 290	20 488	20 558	20 606	20 899
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 945	2 012	2 256	2 069	2 304	2 172	2 291	2 161	2 397
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	320	340	378	348	389	384	406	367	408
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	633	650	726	660	719	683	696	698	759
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	992	1 022	1 151	1 060	1 196	1 105	1 189	1 095	1 230
darunter Straßenbau	1 000 h	531	561	660	602	687	613	646	625	703
* Entgelte	Mill. EUR	61	65	69	66	69	71	75	73	74

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2015=100	102,3	104,1	103,1	103,0	105,3	105,1	105,1	104,8	108,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,9	105,8	106,3	106,8	106,5	107,6	108,4	108,1	108,2
* Umsatz nominal[3]	2015=100	104,9	109,5	114,1	107,1	103,5	117,0	123,9	114,7	113,2
* Umsatz real[3]	2015=100	103,9	107,3	111,7	104,8	101,2	113,5	120,2	110,9	109,3

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	99,4	100,5	105,2	105,6	107,0	104,1	104,7	104,7	104,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,9	102,6	108,3	109,3	109,8	106,3	107,3	106,3	105,6
* Umsatz nominal[3]	2015=100	102,8	108,5	121,4	123,9	127,4	126,5	123,5	123,6	131,9
* Umsatz real[3]	2015=100	100,7	104,1	116,5	118,6	122,0	119,2	116,6	116,1	123,9

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	722	739	983	954	1 016	992	928	960	1 059
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	157	204	279	280	200	205	275	283
* Gästeübernachtungen	1 000	1 824	1 852	2 404	2 555	2 815	2 462	2 261	2 560	2 826
* darunter von Auslandsgästen	1 000	441	437	533	830	958	538	542	816	947

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 820	1 835	2 051	2 089	1 898	1 785	1 997	1 968	1 814
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	1 457	1 553	1 345	1 268	1 515	1 447	1 330
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	19	22	14	10	12	14	17
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	9	10	4	4	4	6	11
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	4	5	5	3	4	4	5
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	4	3	1	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	-	1	1	3	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	1 841	2 034	1 733	1 693	1 928	1 858	1 710

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	367	376	373	326	404	402	371
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	144	148	147	125	147	142	132
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	74	83	118	123	108	103	131	151	132
Radfahrer	Anzahl	48	44	68	64	82	55	79	79	67
Fußgänger	Anzahl	30	29	25	25	17	30	28	21	21

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	15 702	12 995	12 591	14 545	15 624	14 426	15 074
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	926	852	712	1 028	993	917	896
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 944	10 959	13 174	10 707	10 363	11 988	12 895	12 057	12 533
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	1 135	984	1 127	1 025	1 141	896	1 134
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	385	360	290	386	436	449	381

Personenbeförderung

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	65 441	71 078	68 304	69 098	73 192	70 901	69 858
Personenkilometer[3]	Mill.	621	717	665	709	684	740	734	760	752

Binnenschifffahrt

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	1 053	935	910	1 083	1 196	1 119	1 076
* Güterversand	1 000 t	776	776	818	799	769	884	865	860	860

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 569	4 705	4 672	4 491	5 125	4 873	5 364	5 299
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	319	358	341	319	315	319	306	337
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 199	4 296	4 274	4 123	4 721	4 455	4 934	4 821

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	367	376	373	326	404	402	371
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	144	148	147	125	147	142	132
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	74	83	118	123	108	103	131	151	132
Radfahrer	Anzahl	48	44	68	64	82	55	79	79	67
Fußgänger	Anzahl	30	29	25	25	17	30	28	21	21

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	15 702	12 995	12 591	14 545	15 624	14 426	15 074
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	926	852	712	1 028	993	917	896
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 944	10 959	13 174	10 707	10 363	11 988	12 895	12 057	12 533
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	1 135	984	1 127	1 025	1 141	896	1 134
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	385	360	290	386	436	449	381

Personenbeförderung

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	65 441	71 078	68 304	69 098	73 192	70 901	69 858
Personenkilometer[3]	Mill.	621	717	665	709	684	740	734	760	752

Binnenschifffahrt

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	1 053	935	910	1 083	1 196	1 119	1 076
* Güterversand	1 000 t	776	776	818	799	769	884	865	860	860

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 569	4 705	4 672	4 491	5 125	4 873	5 364	5 299
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	319	358	341	319	315	319	306	337
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 199	4 296	4 274	4 123	4 721	4 455	4 934	4 821

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	29	28	29	29	24	27	28
* Halbwaren	Mill. EUR	144	150	145	165	155	171	168	164	168
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 024	4 122	4 081	3 939	4 521	4 263	4 742	4 625
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 025	1 080	1 031	1 003	1 026	955	1 063	1 042
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 999	3 042	3 050	2 935	3 495	3 308	3 680	3 582
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 065	3 196	3 275	3 334	3 044	3 732	3 458	3 934	3 797
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 855	2 907	2 947	2 711	3 350	3 096	3 588	3 470
Belgien	Mill. EUR	198	204	213	214	178	234	192	216	195
Luxemburg	Mill. EUR	54	53	54	55	61	60	53	62	61
Dänemark	Mill. EUR	45	51	51	52	44	49	51	52	44
Finnland	Mill. EUR	30	35	47	36	32	36	29	33	32
Frankreich	Mill. EUR	446	440	460	468	433	485	452	481	511
Griechenland	Mill. EUR	29	33	36	44	46	27	32	38	30
Großbritannien	Mill. EUR	302	295	297	320	267	286	271	293	293
Irland	Mill. EUR	19	77	27	70	50	446	341	740	587
Italien	Mill. EUR	265	272	295	286	287	296	289	263	311
Niederlande	Mill. EUR	314	327	345	296	291	348	321	320	353
Österreich	Mill. EUR	165	171	174	175	168	180	171	195	182
Schweden	Mill. EUR	79	84	87	93	69	92	94	80	68
Spanien	Mill. EUR	216	225	209	222	238	225	219	222	239
Portugal	Mill. EUR	41	42	47	43	43	39	34	34	36
* Afrika	Mill. EUR	117	113	113	124	120	109	112	104	128
* Amerika	Mill. EUR	551	579	594	549	607	614	659	642	679
darunter nach USA	Mill. EUR	380	399	411	357	422	416	467	438	486
* Asien	Mill. EUR	596	630	663	604	648	623	587	616	620
darunter nach China	Mill. EUR	142	164	178	148	163	178	158	173	168
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	60	61	71	47	58	68	75

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 362	3 406	3 450	3 447	3 876	4 141	4 235	3 926
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	270	271	258	256	282	292	278	276
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 927	2 965	3 025	3 030	3 333	3 610	3 654	3 309
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	40	30	36	36	33	35	40
* Halbwaren	Mill. EUR	217	290	289	257	274	290	271	266	269
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 600	2 635	2 738	2 720	3 007	3 307	3 353	3 000

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	703	775	737	770	971	1 393	1 432	1 175
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 898	1 860	2 001	1 949	2 036	1 914	1 921	1 824
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 155	2 494	2 425	2 504	2 506	2 904	3 124	3 286	3 023
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 268	2 199	2 259	2 271	2 670	2 876	3 056	2 782
Belgien	Mill. EUR	253	291	320	297	273	292	285	282	292
Luxemburg	Mill. EUR	52	53	56	53	54	55	60	56	63
Dänemark	Mill. EUR	21	30	22	22	20	18	25	21	17
Finnland	Mill. EUR	12	15	14	14	22	12	11	15	13
Frankreich	Mill. EUR	242	276	259	266	287	361	314	338	305
Griechenland	Mill. EUR	8	8	8	7	8	12	8	13	10
Großbritannien	Mill. EUR	100	118	130	117	107	131	123	134	118
Irland	Mill. EUR	137	107	104	104	13	219	369	225	350
Italien	Mill. EUR	175	216	213	206	216	336	562	820	475
Niederlande	Mill. EUR	299	325	314	310	320	292	313	325	335
Österreich	Mill. EUR	118	107	128	103	100	115	122	130	126
Schweden	Mill. EUR	52	68	73	74	78	53	50	49	44
Spanien	Mill. EUR	129	215	125	236	363	276	146	162	157
Portugal	Mill. EUR	18	21	20	24	23	24	23	25	23
* Afrika	Mill. EUR	47	53	70	45	40	48	45	39	53
* Amerika	Mill. EUR	254	274	291	284	242	290	354	261	292
darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	236	225	183	231	285	210	237
* Asien	Mill. EUR	415	528	606	600	645	624	607	636	545
darunter aus China	Mill. EUR	183	214	218	224	220	218	211	225	222
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	5	8	6	5	5	6	5

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 760	2 638	2 623	2 503	2 850	2 627	2 659	2 478	2 816
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	468	442	446	457	447	484	464	441	445
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 774	1 732	1 774	1 612	1 930	1 706	1 728	1 584	1 871
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 788	2 678	2 606	2 465	2 609	2 325	2 458	2 416	2 543
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	402	385	377	385	383	314	353	403	368
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 895	1 815	1 787	1 666	1 735	1 601	1 663	1 549	1 696

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insgesamt	Anzahl	462	...	423	505	471	449	427	387	367
davon										
* Unternehmen	Anzahl	65	...	60	62	60	75	65	57	47
* Verbraucher	Anzahl	276	...	256	320	271	246	264	221	209
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	...	90	104	118	110	79	86	87
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	19	...	17	19	22	18	19	23	24
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	66	...	61	59	48	47	82	39	52

Handwerk[2]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	98,8	99,1	99,0	98,3	98,3	100,8	99,2	98,8	98,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	107,4	110,6	119,1	94,0	111,0	113,9	123,7	96,7	115,1

Preise

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	109,6	109,6	109,5	111,5	111,8	112,2	112,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	109,3	109,3	109,5	110,7	110,8	111,0	111,2

Verdienste[7]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 704	3 619	3 668	3 688	3 703	3 694	3 748
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 247	3 202	3 237	3 254	3 257	3 279	3 302
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 889	3 793	3 848	3 870	3 891	3 864	3 930
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 483	7 557	6 733	6 627	6 711	6 782	6 750	6 773	6 859
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 580	4 610	4 266	4 182	4 233	4 291	4 297	4 330	4 374
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 390	3 439	3 167	3 126	3 174	3 188	3 220	3 210	3 263
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 815	2 773	2 654	2 562	2 611	2 593	2 614	2 634	2 720
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 277	2 307	2 156	2 131	2 183	2 196	2 196	2 199	2 262

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 894	3 792	3 875	3 901	3 933	3 877	3 979
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	3 672	3 497	3 515	3 603	3 663	3 544	3 604
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	4 021	3 923	4 001	4 005	4 062	4 016	4 109
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 592	4 632	4 679	4 729	4 742	4 739	4 790
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 467	3 411	3 262	3 179	3 190	3 200	3 231	3 193	3 235
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 198	3 118	3 260	3 342	3 285	3 199	3 353
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 582	3 516	3 546	3 563	3 569	3 585	3 608
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 367	3 300	3 342	3 320	3 363	3 390	3 397
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 849	2 808	2 827	2 833	2 875	2 745	2 807
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 161	2 241	2 238	2 229	2 303	2 247	2 248
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 894	4 755	4 792	4 780	4 806	4 982	5 097
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 465	4 399	4 416	4 450	4 437	4 440	4 365
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	(3 601)	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 576	4 374	4 425	4 431	4 390	4 559	4 544
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 364	2 381	2 446	2 405	2 434	(2 498)	2 559
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 677	3 670	3 706	3 782	3 724	3 742	3 742
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 222	4 036	4 059	4 187	4 103	4 270	4 259
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 620	3 638	3 683	3 697	3 728	3 669	3 723
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 615	3 698	3 539	3 495	3 553	3 553	3 576
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 220	3 257	3 276	3 274	3 293	3 280	3 335

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	125 831	125 740	122 870	123 794	124 344	123 201	124 417
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 363	10 808	10 271	10 433	10 357	10 002	10 032

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	11 548	11 288	11 036	10 570	10 811	10 449	10 200
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	103 920	103 644	101 563	102 791	103 176	102 750	104 185
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	120 240	120 253	118 551	119 374	119 627	118 484	119 697
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	109 595	109 823	109 064	110 068	110 574	109 523	110 919
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 675	10 430	9 487	9 306	9 053	8 961	8 778
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 591	5 487	4 319	4 420	4 717	4 717	4 720
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	115 850	117 277	119 059	117 784	116 127	117 956	121 458	117 262	119 199
Sichteinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	69 254	69 127	70 771	72 496	75 495	72 256	74 048
Termineinlagen	Mill. EUR	23 065	20 740	18 863	18 182	14 874	15 283	15 906	15 795	16 047
Sparbriefe	Mill. EUR	5 078	3 658	3 415	3 154	3 037	2 910	2 821	2 719	2 660
Spareinlagen	Mill. EUR	27 460	27 311	27 527	27 321	27 445	27 267	27 236	26 492	26 444
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	113 579	115 318	117 372	116 084	114 419	116 267	119 780	115 460	117 445
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	110 920	112 677	114 321	113 626	111 982	113 653	116 689	112 573	114 172
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 659	2 640	3 051	2 485	2 437	2 614	3 091	2 887	3 273
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 271	1 960	1 687	1 700	1 708	1 689	1 678	1 802	1 754

Steuern

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	4 404	4 368	4 779	5 379	4 107	4 760	4 765
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	1 285	1 314	1 504	2 162	922	1 415	1 566
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	751	1 226	639	858	773	1 293	688
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	-	565	-	-	-	598	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	-49	-33	568	519	-36	-13	579
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	545	47	36	484	268	38	30

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	8	56	5	1	6	61	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	50	-	-	-	56	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	30	17	255	300	-90	36	265
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-	16	-	-	-	-15	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	3 120	3 054	3 275	3 217	3 185	3 345	3 199
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	611	608	625	592	468	615	534
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 508	2 446	2 649	2 625	2 717	2 729	2 665
Zölle	Mill. EUR	219	220	223	224	249	202	227	264	262
Bundessteuern	Mill. EUR	84	88	71	62	107	132	71	72	102
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	30	30	26	38	34	34	21
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	41	32	82	94	37	38	80
Landessteuern	Mill. EUR	77	83	72	85	91	86	84	87	78
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	18	23	19	24	25	17	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	40	47	51	37	43	54	39
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	11	11	17	20	12	12	18
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	2	3	3	3	3	3

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	700	718	760	689	754	706	723	794	876
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	127	132	144	155	130	134	143
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	609	530	580	518	566	630	700
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	23	24	20	22	26	27	23	25	28

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 039	1 119	1 391	727	1 159	1 080	1 509	783	1 323
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	443	449	442	502	486	416	393	605	587
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	382	438	700	64	441	415	832	14	489
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	49	62	98	2	58	61	127	-0	71

	Einheit	2016	2017				2018		
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	999	1 066	1 164	1 067	1 237	1 580	898	1 096	1 014
Landessteuern	Mill. EUR	77	83	72	85	91	86	84	87	78
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	483	520	525	503	597	914	342	544	622
Lohnsteuer	Mill. EUR	299	313	258	462	213	302	265	486	230
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	63	80	-21	-14	242	221	-15	-5	246
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	47	269	21	13	241	134	19	11
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	11	3	25	2	1	3	27	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	68	15	9	127	150	-45	18	133
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	416	436	492	473	548	580	373	463	314
Umsatzsteuer	Mill. EUR	300	329	380	378	434	456	263	345	191
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	116	107	112	96	114	123	111	117	123
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	20	2	0	-	27	1	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	1	0	-	8	0	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	13	15	40	3	0	-	53	1	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	8	1	0	-	11	0	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 028	2 114	2 123	2 039	2 287	2 632	2 029	2 264	2 312
Bundessteuern	Mill. EUR	84	88	71	62	107	132	71	72	102
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	548	586	588	563	660	977	404	607	687
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 389	1 433	1 444	1 412	1 519	1 523	1 526	1 584	1 523
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	20	2	0	-	27	1	-

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Oktober 2018

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2017 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: A1013 201742

Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2017
Kennziffer: A1033 201722

Periodensterbetafel 2015/17
Kennziffer: A2033 201700

Daten zur Gesundheit 2017 – Ergebnisse des Mikrozensus
Kennziffer: A4013 201700

Erwerbstätigkeit – Ergebnisse des Mikrozensus 2017
Kennziffer: A6093 201700

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildung 2017
Kennziffer: B2053 201700

Rechtskräftige Aburteilungen 2017
Kennziffer: B6013 201700

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Weinbestände am 31. Juli 2018
Kennziffer: C4023 201800

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im August 2018
Kennziffer: D1023 201808

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2018 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201808

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im August 2018
Kennziffer: E1033 201808

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im August 2018
Kennziffer: E1113 201808

Bauhauptgewerbe im Juli 2018 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201807

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juli 2018
Kennziffer: E4023 201807

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen 2016
Kennziffer: E4033 201600

Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2017
Kennziffer: E4093 201700

Das Handwerk 2016
Kennziffer: E5033 201600

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2018
Kennziffer: F2033 201808

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Juli 2018
Kennziffer: G1023 201807

Strukturdaten des Handels und des Gastgewerbes 2016
Kennziffer: G1063 201600

Aus- und Einfuhr 2017
Kennziffer: G3013 201700

Aus- und Einfuhr im August 2018
Kennziffer: G3023 201808

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im August 2018
Kennziffer: G4023 201808

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2018
Kennziffer: H1023 201807

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2016
Kennziffer: L5013 201600

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im September 2018
Kennziffer: M1013 201809

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im August 2018
Kennziffer: M1043 201843

Umwelt

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2017
Kennziffer: Q1053 201700

Abfallwirtschaft 2016
Kennziffer: Q2023 201600

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2016 (ohne Baugewerbe)
Kennziffer: Q3013 201600

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juli 2018
Kennziffer: Z1013 201807

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Oktober 2018
Kennziffer: Z2201 201810

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister 2018
Kennziffer: A5034E201800

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2016 (Berechnungsstand: August 2017) – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
Kennziffer: P1335 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Sarah Schmitt

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.